

# Cübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktäglichen Bevölkerung

Der „Cübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementpreis vierjährlich 3.00, monatlich 1.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgeschwistere Zeitung oder deren Raum 40 Pf., Verfammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Pf., auswärtige Anzeigen 45 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 108.

Freitag, den 10. Mai 1918.

25. Jahrg.

## Die Sozialdemokratie für die Kriegerfamilien.

Von D. Stücklen.

Die Unterstützung der Familien der zum Heeresdienst eingezogenen Mannschaften war bei Ausbruch des jetzigen Krieges nur sehr mangelhaft geregelt. Sie stützte sich auf ein Gesetz vom Jahre 1888, dessen Grenzen sehr eng gezogen waren. Die Unterstützung sollte betragen für die Monate Mai bis einschließlich Oktober monatlich 6 M. für die Frau und 4 M. für jedes Kind unter 15 Jahren; in den anderen Monaten, also im Winter, sollten die Frauen 9 M. monatlich bekommen. Der Reichstag hatte in der Session 1912/13 endlich der Heeresverstärkung in einer Resolution eine Erhöhung der Sätze für die Familien gefordert. Diese Resolution endete im Papierkorb des Bundesrates. Das war der Stand der Sache, als der Krieg ausbrach. Am 2. August 1914 brachte die Regierung eine Vorlage im Reichstag ein, die den Kreis der Unterstützungsberchtigten erheblich weiter zog. Der Antrag auf Unterstützung wurde ausgedehnt auf die Familien aller Kriegsteilnehmer. Die Unterstützungsätze wurden erhöht für Chefsfrauen auf 9 M. in den Monaten von Mai bis Oktober, auf 12 M. in den Wintermonaten, für jedes Kind unter 15 Jahren, sowie für begutsberechtigte Verwandte, auf 6 M. monatlich. Das Gesetz bestimmte ausdrücklich, daß diese Summen nur Mindestsätze sein sollen. Die Verpflichtung, in den Fällen des Bedürfnisses, das über diese Beträge hinaus erforderlich zu verabreichen, bestehet daneben. Leider ist bei der Verabschiedung dieses Gesetzes im Orange der sich überlagernden Ereignisse eine Petition des Magistrats der Stadt Berlin unbeachtet geblieben, die eine Abstufung der Unterstützungsätze nach den Teuerungsverhältnissen vorschlug. Die Industriegebiete wären damit besser gefahren.

Die Mängel des Gesetzes traten bald in fühlbare Errscheinung. Die Hoffnung auf ein baldiges Ende des Krieges schwand immer mehr, und am 1. Dezember 1914 beantragte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine gründliche Änderung des Gesetzes. Die Frage, ob Bedürftigkeit vorliege, ist in den einzelnen Gemeinden ganz verschieden behandelt worden. Eine Kleinlichkeit, die von Schäßburg nicht bald nicht mehr unterschieden werden konnte, machte sich vielfach geltend, und deshalb forderten die Sozialdemokraten neben einer weiteren Ausdehnung des Gesetzes, die Streichung der Voraussetzung der Bedürftigkeit. Die Unterstützung sollte erhöht werden für Frauen auf 15 Mark im Sommer, auf 18 Mark im Winter, für Kinder und sonstige Angehörige auf 10 Mark monatlich. Weiter wurde gefordert Fortzahlung der Unterstützung bei Urlaub und bei Entlassung aus dem Heere wegen Verwundung oder Krankheit bis zur Festsetzung der Rente und bis dahin außerdem Gemährung einer Rente von 1 M. pro Tag für den Entlassenen. Das hätte sicher zur Folge gehabt, daß die Rentenansprüche rascher entschieden worden wären. Der Antrag wurde dann dahin erweitert, daß eine Erhöhung der Unterstützungsätze für Chefsfrauen auf 20 M. monatlich verlangt wurde. Der Reichstag überwies diesen Antrag, der in die Form eines Gesetzentwurfs gekleidet war, der Regierung als Material. Schon damals ist versucht worden, die Gemeinde zu zwingen, einen entsprechenden Zuschuß zu den Unterstützungen zu leisten. Zweifellos ist es ein recht bedauerlicher Zustand, daß während manche Gemeinden einen Zuschuß von 100 Prozent der Reichsunterstützung als Gemeindeunterstützung bezahlen, die Mehrzahl der Gemeinden nur ganz wenig oder gar nichts als Zuschuß gibt.

Im August 1915 fand dann ein Antrag der Sozialdemokraten Annahme, die Unterstützungen an die Kriegerfamilien zu erhöhen, sowie den Gemeinden und Gemeindeverbänden die Pflicht aufzuerlegen, ausreichende Zuschläge zu diesen Unterstützungsätzen zu gewähren. Armen Gemeinden sollten die erforderlichen Mittel vom Reiche zur Verfügung gestellt werden. Dagegen ist ein Antrag der Sozialdemokraten abgelehnt worden, der forderte, daß den Hinterbliebenen der Gefallenen die ihnen zustehenden Renten ohne Abzug der Familienunterstützung ausbezahlt werden.

Die Sozialdemokraten ließen in ihrem Kampfe um die Besserstellung der Kriegerfamilien nicht locker. Sie brachten bereits im Dezember 1915 den oben erwähnten Antrag, der als Material überwiesen worden war, in etwas ausgedehnter Form wieder ein. Sie forderten diesmal u. a. daß die Gemeinden gezwungen werden sollen, mindestens 50 Prozent an der Reichsunterstützung zu bezahlen, ferner wurde verlangt, daß gegen die ablehnende Entscheidung des Lieferungsverbandes die Beschwerde an das Ministerium gestellt sei. Das Vertrauen zu den Gemeindeverwaltungen war immer mehr ins Schwanken gekommen und nun stand sich auf das unablässige Drängen der Sozialdemokraten im Reichstag eine Mehrheit dafür, daß die Familienunterstützung zu gewähren ist, wenn das Einkommen der Familie in den Orten der Tariffasse C 1000 M. und weniger, in Orten der Tariffassen C und D 1200 M. und weniger, und in Orten der Tariffassen A und B 1500 M. und weniger beträgt. Damit war eine gewisse Grund geschaffen, auf welche die Gemeindeverwaltungen bei der Entscheidung über

Unterstützungsgesuche gebunden sind. Aber auch diese Regelung konnte nicht genügen, denn die Unterstützungsätze waren an sich schon zu niedrig und wurden um so unzureichender, je mehr die Teuerung stieg. Deshalb forderten die Sozialdemokraten im Mai 1916, daß in den Lieferungsverbänden und Gemeinden Bedarfssätze festgesetzt werden, die so zu bemessen sind, daß den Kriegerfamilien unter Berücksichtigung der herrschenden Teuerung die zur Ernährung, Bekleidung und Wohnung erforderliche Unterstützung gesichert wird. Der Reichstag schickte an die Bundesstaaten sollte zu diesem Zweck entsprechend erhöht werden. Der Antrag, der die Gewährung eines Existenzminimums forderte, ist vom Reichstag angenommen, vom Bundesrat aber nicht berücksichtigt worden.

Auf einen weiteren Vorschlag der Sozialdemokraten stand sich im November 1916 im Reichstag endlich eine Mehrheit, die verlangte: Erhöhung der Unterstützung für Chefsfrauen auf monatlich 20 M. für Kinder und andere Unterstützungsberchtigte auf monatlich 10 M.; eine gesetzliche Bestimmung, nach der die Gemeindeverbände und Gemeinden vereinfacht werden, aus ihren Mitteln Zuschüsse zu diesen Unterstützungen bis zur Erhebung der Bedürftigkeit zu gewähren und daß sie zur Erfüllung dieser Verpflichtung durch die Aufsichtsbehörden angehalten werden; die Familiunterstützung im Monat Dezember 1916 in doppelter Höhe aus Reichsmitteln zu gewähren. Die Unterstützung der Familien ist dann in der verlangten Höhe gegeben worden, sie sollte aber nur für die Winternähte gelten. Die Teuerung aber stieg weiter, weshalb die Sozialdemokraten im März 1917 beantragten, diese Sätze auch im Sommer zu bezahlen. Der Antrag fand eine Mehrheit und hatte vollen Erfolg; den Kriegerfamilien blieb die höhere Unterstützung.

Zur Besteitung einer menschenwürdigen Existenzrechten freilich diese Sätze auch nicht aus. Als wieder der Winter herannahm, verlangten die Sozialdemokraten, den Satz für Frauen auf 30 Mark, für Kinder auf 20 Mark zu erhöhen; diese letztere Erhöhung sollte auch für die anderen Unterstützungsberchtigten gelten. Die bürgerliche Mehrheit setzte den Betrag für Kinder auf 15 Mark fest, und die Regierung führte diesen Beschluss in der Art aus, daß sie die Gemeinden ermächtigte, für jeden Unterstützungsberchtigten einen Zuschuß von bis zu 5 Mark monatlich zu zahlen; die verausgabten Summen werden den Gemeinden

vom Reich eracht. Damit hatte man so ziemlich das Gegenteil von dem getan, was der Reichstag im Auge hatte. Eine ehrgeizige Bürokratie brachte es fertig, die Kriegerfrauen und ihre Kinder mit 1,2 oder 3 M. abzuspielen, obwohl bis zu 5 M. gegeben werden durfte und den Gemeinden eine eigene Ausgabe daraus gar nicht erwachsen konnte. Leider haben die Sozialdemokraten in den Gemeinden, dank der Klassenwahlrechte, nicht den Einfluß, um derartige Machinationen schon im Keime zu ersticken. — In diesen Tagen haben die Sozialdemokraten nun mehr den folgenden Antrag gestellt:

den Herrn Reichsanziger zu erfüllen, die Verordnung vom 2. November 1917, betreffend „die Unterstützung der Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften“, dahin abzuändern,

dass die Lieferungsverbände verpflichtet werden, die bis zum 1. Oktober 1917 gezahlten Mindestsätze der Familiunterstützungen ab 1. April 1918 je nach den örtlichen Verhältnissen, mindestens aber um 5 Mark monatlich für jeden Unterstützten, zu erhöhen.

Hoffentlich gelingt es nun, die ganz unverständliche Knauerei mancher Gemeinden zu beseitigen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat es natürlich bei der Fürsorge für die Kriegerfamilien nicht bei diesen Anträgen bewenden lassen. Sie ist auch eingetreten für den Ausbau der Wohngeldsätze, indem sie forderte: Zahlung des Wohngeldes für 12 Wochen, Erhöhung des Wohngeldes von 1 M. auf 1,50 M. pro Tag, Erhöhung des Stillgeldes von 50 auf 75 Pf. täglich. Diese Wohlstaten sollten allen minderbemittelten Schwangeren und Wöchnerinnen zuteil werden. Der Antrag fand leider keine Mehrheit, aber er wird wiederkommen, hoffentlich mit bessrem Erfolg.

Diese Darstellung bildet nur einen kleinen Ausschnitt aus der praktischen Arbeit, die von der Sozialdemokratie für die Kriegerfamilien geleistet werden ist. Stets war die Sozialdemokratie die treibende Kraft, nicht nur im Reichstage, auch in den Landtagen und in den Gemeinden. Die Interessen der arbeitenden Klassen waren wie immer, so auch in diesen Kriegsjahren, bei der Sozialdemokratie in treuen Händen und werden es auch weiter sein. Selbstverständlich fordert die Sozialdemokratie für diese Tätigkeit einen Dank, denn sie hat ja nur ihre Schuldigkeit getan. Wer aber mit der geschilderten Tätigkeit der Sozialdemokratie einverstanden ist, der kann sich nur ihr zuwenden.

## Es friselt in London.

In England ist es ganz unerwartet zu einer für die Regierung nicht ganz unbedenklichen Verwicklung gekommen. Urspur der Krise ist ein von den Blättern veröffentlichter Brief des Generalmajors Sir Frederick Maurice, in dem dieser an den Mitteilungen Kritik übt, die Bonar Law am 22. April im Unterhause über die Erweiterung der britischen Front in Frankreich machte. Maurice macht Bonar Law den Vorwurf, daß seine Antworten auf die an ihn gerichteten Fragen einen ganz verkehrt Eindruck von den tatsächlichen Vorgängen gegeben hätten. Pringle fragte damals, ob die Angelegenheit im Kriegsrat von Versailles behandelt wurde. Bonar Law antwortete verneinend. General Maurice schreibt nun, er sei selbst in Versailles gewesen, als diese Frage durch den Obersten Kriegsrat, dem sie zur Entscheidung vorgelegt wurde, behandelt wurde. Generalmajor Maurice erklärt ferner, daß das nicht das Letzte der ganzen Reihe von unrichtigen Mitteilungen gewesen sei, die durch die jetzige Regierung im Unterhause gemacht wurde. Am 9. April z. B. erklärte der Premierminister über die Lage der englischen Armee zu Beginn der Offensive: Trotz schwerer Verluste 1917 sei die Armee in Frankreich am 1. Januar 1918 viel stärker gewesen, als am 1. Januar 1917. Maurice stellt dies in Abrede. In derselben Rede erklärte der Premierminister, in Mesopotamien befände sich überhaupt nur eine Division von weißen Soldaten, in Ägypten und Palästina nur drei weiße Divisionen, der Rest der Truppen bestände ausschließlich aus Indianern oder gemischten Truppen, unter denen sich verhältnismäßig sehr wenige Briten befinden. „Ich spreche hier von Infanteriedivisionen.“ Maurice erklärt auch dies für unrichtig. Er führt fort, sein Brief sei nicht auf eine militärische Verschwörung zurückzuführen, er sei seiner Herkunft nach ein ebenso aufrichtiger Demokrat wie der Premierminister und würde nichts weniger wünschen, als daß die Regierung in die Hände von Soldaten überginge. Maurice erinnert, warum er sich zur Veröffentlichung entschloß, sei, daß die angeführten Erklärungen im Unterhause nicht richtig seien, daß dies auch in militärischen Kreisen bekannt sei und daß auf diese Weise gerade jetzt die Moral der englischen Truppen, wo man alles aufzidian müsse, um sie zu stärken, nachteilig beeinflusst werde. Aus diesem Grunde beschloß er, ohne Rücksicht auf die Folgen und in der Erkenntnis, daß die Bürgerrechte der Soldaten zugleich vor-

gehe, diesen Brief zu veröffentlichen in der Hoffnung, daß das Parlament die Sache untersuchen werde.

„Daily Chronicle“ verweist in einem Leitartikel auf die erste Bedeutung dieses Briefes und schreibt: General Maurice war bis vor wenigen Wochen Direktor der militärischen Operationen bei dem großen Generalstab und besitzt als solcher genaue Kenntnis der Tatsachen und Zahlen, die die britischen Streitkräfte im Felde betreffen. Ferner verweist „Daily Chronicle“ darauf, daß die von Maurice zitierten Erklärungen Bonar Laws und Lord Georges nicht spontan abgegeben wurden, sondern wohl überlegt waren und daß sie nicht nebenstehende Dinge betreffen, sondern Fragen, die für die Beurteilung der Streitkräfte, die am Vorabend der großen Schlacht General Haig zur Verfügung standen, von großer Bedeutung sind. Das Blatt spricht sich für eine parlamentarische Untersuchung aus, die nicht allein herauszubringen trachten soll, ob Nation und Parlament irgendeübertreten seien, sondern auch feststellen sollte, ob Haig vom Kriegsminister weniger Truppen zur Verfügung erhielt als 1917. Eine strenge Untersuchung sei notwendig. Wenn die beiden Minister eine deutliche Antwort geben könnten, so sollten sie dies ohne Verzug tun.

„Westminster Gazette“, der „Star“ und „Globe“ sehen sich nachdrücklich für eine Untersuchung ein. „Evening Standard“ verurteilt das Verhalten des Generals Maurice. Das Blatt schreibt, ein derartiges Auftreten sei, wenn es unterstützt zu einem Präzedenzfall erhaben würde, geeignet, die ganze Disciplin zu untergraben.

Nach einer Neutmeldung beschäftigte der Brief des Generals Maurice die leichte Sitzung des Unterhauses. Asquith fragte, welche Schritte die Regierung zu tun gedenke, um das Haus instand zu setzen, die Anklagungen zu prüfen. Bonar Law erwiderte: Der Brief des Generals Maurice werde zwei Fragen auf. Zunächst berühe die Abschrift eines solchen Briefes die militärische Disziplin, dann handle es sich um die Wahrheit der ministeriellen Angaben. Mit der ersten Frage habe sich der Kriegsminister auf gewöhnlichen Wege zu befasst; was den zweiten Punkt betrifft, so würden, da die Ehre des Minister in Frage komme, zwei Richter gesucht werden, als Ehregericht. Die Untersuchung über die Verhältnisse solcher Angeklagter Minister anzusetzen und so schnell wie möglich darüber zu berichten. Bonar Law willigte ein, daß der Richterhof erst gebildet werden solle, nachdem sich das Unter-

haus mit der Sache befreit habe. Usquith kündigte an, er werde vorschlagen, daß an Stelle zweier Richter ein Ausschluß des Unterhauses die Angaben des Generals Maurice prüfen sollte. Die Verhandlung über den Gegenstand wird Donnerstag stattfinden.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London vom 7. Mai: Man hält die Lage für äußerst ernst, da die Regierung erklärte, daß sie die Annahme des von Usquith angekündigten Antrages auf Ernennung einer Kommission des Unterhauses zur Untersuchung der von Maurice erhobenen Verduldigungen als Misstrauensvotum aussaffen und sofort zurücktreten werde.

Nach einer Reremeldung ist es noch zweifelhaft, was für eine Haltung die Regierung einnehmen wird. Man ist aber jedenfalls allgemein der Meinung, daß es sich um Scin oder Nichtein handelt. „Daily Telegraph“ glaubt, daß die Opposition unter der Führung Usquiths die Zeit für gekommen erachtet, um selbst an Stelle der Regierung zu treten. — „Daily Mail“ ist derselben Meinung und schreibt: Die „alte Bande“ glaubt die Waffen gefunden zu haben, um die Regierung zu vernichten und bildet sich ein, daß das Land bereit sei, Usquith, Lansdowne, Grey und Mac Kenne wieder ans Rad gelangen zu lassen. Die „Morning Post“ greift Lloyd George heftig an und sagt, er habe bewiesen, daß er nicht der geeignete Führer sei. Die Parlamentskorrespondenten glauben, daß die politische Sensation, die durch den Brief des Generals Maurice verursacht wurde, einschneidende Folgen haben wird. Einige Mitglieder des Unterhauses erklärten gestern, daß das Fortsetzen der jetzigen Regierung nur eine Frage von Wochen sei, daß aber die politische Krise in diesem Augenblick zweifelssohn unwillkommen sein würde.

Der Parlamentskorrespondent von „Daily Chronicle“ schreibt: In ministeriellen Kreisen hält man die Lage zwar für ernst, man ist aber gesetzt, da die Regierung darauf vertraut, daß sie imstande sein wird, ihre Behauptungen zu beweisen.

Reuter berichtet aus London folgende Neuigung von Haldane: „Wir sind an dem gefährlichsten Zeitpunkt der Geschichte angelangt, und es ist bestreitlich, daß niemand sich überlegt, was daraus werden würde, wenn jetzt die englische Regierung in übereiter Weise zu Fall gebracht würde.“ Reuter fügt hinzu, diese Bemerkung Haldanes sei bemerkenswert für die Situation des Ministeriums Lloyd George im Unterhaus.

Reuter meldet weiter aus London: In der gestern abend abgehaltenen Versammlung des unkonventionellen Kriegskomitees (Ausschuß der konservativen Partei) ist nach Besprechung der Frage Maurice beschlossen worden, die Regierung mit allen Stimmen zu unterstützen. Wie verlautet, hat das liberale Kriegskabinett einen gleichen Beschluss gefasst. Die Haltung der Arbeiterpartei soll von der Debatte abhängen.

Wenn die letzteren Nachrichten zutreffen, dann dürfte der bittere Kesch noch einmal an dem Ministerium um Lloyd George vorübergehen. Zufälle erscheinen allerdings nicht ausgeschlossen. Doch mag sich das jetzige Kabinett auch noch über diesen Zwischenfall hinübertreten, seine Tage sind gezeichnet. Über kurz oder lang muß es einen endeten, verjährlichen Standpunkt eintreten. Aufgehoben ist nicht ausgehoben — so heißt es auch für den Kriegsherrn Lloyd George und seine Gefolgschaft.

## Was der Krieg bringt.

Schwere Kämpfe im Westen.

WB. Großes Hauptquartier, 9. Mai. (Amtlich.)

Weltlicher Kriegsjahrszug.

Zwischen Spanien und Gallien hielt tagsüber eigene Artilleriefeuer auf dem See. Eigene U-Boote und U-Boote vom Dardanelles-See hatten vollen Erfolg. Engländer und französische Truppen erzielten in zwei Kilometer Breite fünf ausgebauten französischen Stützen auf dem Südufer des Dardanelles. Sie ließen hier einzeln in einen französischen Angriff hinein und zerstörten seine Kraft. Nur zu beiden Seiten der Straße Reningheli — Kemmel kam der feindliche Angriff zu voller Entwicklung. Er wurde ebenso zurückgeschlagen, wie Gegenangriffe gegen unsere neu gewonnene Stellung. Wir machten 67 Gefangene von sechs französischen und zwei englischen Divisionen, die schwer blutige Verluste erlitten.

Bei Abwehr englischer Vorstoß am Südufer der Eys bei Bucquoy und südlich von Brest machten wir Gefangen. Bei dem gestrigen erfolglosen nachlichen Angriff australischer Truppen an der Straße Etaple — Bray blieben 45 Gefangene, darunter vier Offiziere, in unserer Hand. Nördlich vom Lac-Duc-Etzel erzielte Erfundungsartillerie an mehreren Stellen der kriegerischen Front.

In den drei letzten Tagen verlor der Gegner im Luftkampf und durch Fliegen von der Erde aus 37 Flugzeuge. Überlebende fliegen gestern drei feindliche Flugzeuge ab und errang damit seinen 26. und 28. Luftsieg.

Daten.

Ukraine.

Am Nordufer des Schwarzen Meeres ziehen wir bis zur Donau hinunter vor und haben schon begonnen. Die Verhandlungen über die Festigung einer Demarcationslinie werden demnächst beginnen.

Der östliche Generalquartiermeister  
Lemberg.

WB. Berlin, 2. Mai, abends. (Amtlich.)  
Von den Kriegsschäden nichts Neues.

Der Wiener Bericht.

Wien, 9. Mai. (Amtlich.)  
Die Feinde der Feindflotte nach gestern beiderseits Schiffe. Da der Feindkrieg wurden an mehreren Stellen intensiviert.

Die Hoffnung auf den allgemeinen Frieden.

Seine Hebe sagte der ungarische Minister des Kriegs, Berlin: Hoffentlich werden beim Balkanfelder Streit möglichst allgemeine Verhandlungen folgen, die besser wären, der seit vier Jahren leidenden Menschheit zugute des ganzen Erdkreises die Ruhe wiederzugeben und dem Balkanfelder die Ende zu machen. Unser König hat jeder Friedensabsicht ausgesagt, und aus heute in jede entstandene Stelle, jede Gelegenheit zu suchen, um mit seinen Gegnern einer ehrlichen und fairen, möglichst ho-

heren Frieden zu schließen. Wir stehen sogenannten auf der Friedenslauer, ohne uns an gewisse Einschränkungsformeln binden zu wollen.

## Der Friede von Bukarest.

Die rumänische Regierung erließ aus Anlaß des Friedensschlusses mit der Bevölkerung des befreiten und unbesetzten Gebietes folgende Rundgebung: Der Friede wurde heute 12 Uhr mittags geschlossen. Er trägt den Namen „Frieden von Bukarest“. Alle Fragen, die zwischen Rumänen und einem der Staaten, mit denen es sich im Krieg befand, fristig waren, sind erledigt. Die normalen Beziehungen mit diesen Staaten werden wieder aufgenommen. Das Land tritt wieder in die Neutralität ein. Die Hindernisse, die einer friedlichen inneren Entwicklung entgegenstanden, sind endgültig beseitigt. Rumänen kann nun im Schutz seiner vom Kriege ungeliebten gebliebenen verfassungsmäßigen Einrichtungen sein Werk gehen, um die Spuren des Krieges zu beseitigen und den durch den Frieden geschaffenen Zustand zu festigen.

## Sieben englische Unterseeboote vernichtet!

Die endgültige Feststellung der seckriegerischen Erfolge der deutschen Finnlandunternehmung hat ergeben, daß insgesamt sieben englische Unterseeboote infolge des Eingreifens der deutschen Seestreitkräfte vernichtet worden sind.

## Die Kämpfe in Finnland

werden in einer Erklärung des finnischen Senats als abgeschlossen bezeichnet. Die Weiße Garde hat mit Hilfe der Deutschen die Roten „niedergezwungen“.

Wie die „Zürcher Morgenzeitung“ meldet, wurden etwa 48000 russische Gardisten in Finnland gefangen oder getötet.

## Allgemeine Wehrpflicht auf Åland.

Wie die Stockholmer Blätter aus Mariahorn erfahren, hat der finnische Landeshauptmann auf Åland, von Vonsdorff, durch allgemeine Bekanntmachung die Wehrpflicht für alle männlichen Einwohner zwischen 21 und 40 Jahren eingeführt.

Der deutsch-französische Gefangenennachschub, wie er in den Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich vereinbart wurde, ist auch von der französischen Regierung genehmigt worden. Die Vereinbarungen treten nunmehr am 15. Mai in Kraft.

## Fliegerangriff auf Zeebrügge.

WB. Berlin, 9. Mai. (Amtlich.) Am 8. Mai mittags und abends griffen starke feindliche Fliegergeschwader die Mole und das Dorf Zeebrügge mit Bomben an, ohne militärischen Schaden anzureihen. Durch Fliegerbomben auf die Kirche von Zeebrügge wurden drei Belgier und zwei Kinder getötet, zwei schwer und mehrere leicht verletzt. An der Landfront des Marine-Korps wurden von unseren Jagdfliegern zwei feindliche Flugzeuge, über See ein drittes abgeschossen.

## Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

### Schwindel.

Im englischen Oberhaus hielt Lord Curzon eine Rede in der er u. a. sagte: „Niemals hätte die Haltung einer der Entente-Regierung irgendwie die Unabhängigkeit von Friedensverhandlungen vereitelt. Die Alliierten haben beschlossen, daß, wenn aus verantwortlichen Kreisen des Feindes Verträge zur Annäherung gemacht würden, die bona fide wären, die betreffenden alliierten Regierungen hierauf eingehen würden und, wenn irgend etwas danach geschehen würde, die andern Verbündeten um Rat fragen. Im Augenblick ist ein Friede durch Unterhandlungen, wie wohl jeder weiß, unmöglich, da in diesem Augenblick unser Land die größte Krise in seiner ganzen Geschichte durchzumachen hat. Der Gedanke, daß jetzt Unterhandlungen zu einem Frieden führen könnten, ist ein Hirngespinst. Die Friedensschlüsse, die durch Unterhandlungen in Brest-Litowsk und mit Rumänien herbeigeführt worden sind, sind durchaus kein ermutigendes Beispiel. Solange der militärische Geist in Deutschland den Ton angibt, besteht überhaupt keine Möglichkeit für einen dauernden, ehrenvollen Frieden durch Unterhandlungen.“

Man sollte doch von den Staatsmännern verlangen können, daß sie sich an die Wahrheit halten. Denn wahr ist es doch nicht, wenn Curzon behauptet, daß die Entente-Regierungen niemals durch ihre Haltung die Unabhängigkeit von Friedensverhandlungen vereitelt hätten. Wiederholte und ihnen Friedensverhandlungen angeboten worden sind; sie haben immer abgelehnt. Und warum sollten jetzt nicht Friedensverhandlungen am Platze sein? Auf die beiden letzten Sätze einzugehen, erübrigte sich, da unser Standpunkt hierzu ja bekannt ist.

Nicaragua erklärt Deutschland und seinen Bundesgenossen den Krieg.

Reuter meldet aus San Juan del Sur: Nicaragua hat Deutschland und seinen Bundesgenossen den Krieg erklärt.

## Die amerikanischen Rückungen.

Eine Reremeldung aus Washington besagt: Zur Einstellung der Maikontingente unter das Militärdienstgesetz wurden 233 248 Mann bestimmt. Diese neuen Rekruten werden am 25. Mai in das Übungslager befördert. Die Gesamtstärke der Maikontingente liegt damit auf ungefähr 305 000. Außerdem veröffentlichte der Generalsekretär Cromer einen Aufruf mit 6207 Handwerker für besondere Dienste in der Armee verlangt werden.

## Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, den 9. Mai 1918. (Amtlich.) Das unter dem Kommando des Kapitäns von Glaserapp stehende U-Boot hat in der stark bewachten östlichen See und deren Zielschiffen mit bestem Erfolg gearbeitet und dem Transportverkehr unserer Feinde niederdrückend empfindlichen Schaden zugefügt. Durch unsichtbare und energische Führung und kühnen Einsatz des Bootes gelang es dem Kommandanten, 7 Dampfer — zum Teil aus gesunkenen Geleitzügen — und 3 Segelfahrzeuge mit zusammen über 26 000 Br.-Rg.-Tz. zu versenken.

Wertvolles Kriegsmaterial des Feindes und für die Kriegsführung wichtige Rohstoffe — Kupfer, Eisen, Kohlen, Koks usw. — wurden mit den Ladungen der Schiffe verloren. Einige waren folgende namenhafte Frachtschiffe gesunken: Besoffene englische Dampfer „Londonia“ (2504 Br.-Rg.-Tz.), Ladung 3500 Tz. Eisen, nach Glasgow — der Geschäftsführer des Dampfers gefangen eingeschafft — und „Ceres“ (1610 Br.-Rg.-Tz.), Ladung 1600 Tz.

Kupfererz und 2000 Ballen Kork nach Glasgow — zweiter Offizier des Dampfers gefangen eingeschafft —, ferner englischer Dampfer „Katuna“ (4641 Br.-Rg.-Tz.) und englischer Rauchholz „Eichel“ mit Kohlenladung.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Wie die römische „Agenzia Volta“ berichtet, ist am 29. April, morgens, ein feindliches U-Boot in die Bucht von Vardo vorsteuerte an der Südostküste von Gardinien eingedrungen und hat einen dort vor Anker liegenden englischen Dampfer zunächst torpediert und dann durch Kanonenbeschüsse in den Grund gehobt.

## Kleine Nachrichten.

Dem Reichskanzler wurde aus Anlaß des rumänischen Friedensschlusses das Eisene Kreuz I. Klasse verliehen.

Das rumänische Parlament ist aufgelöst worden. Die Neuwahlen finden in der Zeit vom 1. bis 9. Juni statt.

## Politische Rundschau.

### Oesterreich-Ungarn.

Mit dem Rücktritt des Ministerpräsidenten Seidler wird nach Wiener Meldungen bestimmt gerechnet; wenn der Reichsrat im Juni zusammentritt, wird er eine neue Regierung, zum mindesten aber einen neuen Ministerpräsidenten vor sich sehen. Die Zustände in Oesterreich werden immer verzwickter.

## Ernährungsfragen.

### Die Ausichten unserer Ernährung.

Im Ernährungsausschuß des Reichstags erklärte Staatssekretär v. Waldbott abgelaufen, daß die Not nicht bestellt werden könnte, solange die Decke so knapp sei. Hoffentlich kann der Bedarf im nächsten Jahr reichlicher bemessen werden. Gegenüber einer Verminderung, daß Karlsruhe nach Deutsch-Böhmen geliefert worden seien, bemerkte der Staatssekretär: In Deutsch-Böhmen hat es sich in der Tat um einen wesentlich durch Wüste hervorgerufenen Schwere Notstand gehandelt, und zwar für einen Grenzbezirk. Es sind dann zur Abwendung dieses schweren Notstandes 4000 Zentner Kartoffeln geliefert worden, ein Quantum, das für unsere Gesamtnahrung gar keine Rolle spielt.

### Festessen im vierten Kriegsjahr.

Vor kurzem fand zur Gründung der neuen Bahn St. Vith-Recht-Belgien mit der nach dem Herrn Landrat benannten Freiheit-von-Korff-Brücke in dem Eifelstädtchen Malmedy ein Festessen statt. Der gefeierte Landrat tat sich inmitten der Bürgermeister und sonstigen Honoratioren an folgendem Kriegsmenü gütlich:

### Seit zur Begrüßung.

Bohnenuppe mit Schweinsohren.

Kinderbrust mit Meerrettichjause — Salat — Kartoffelsalat — Mooswein.

Hähnchen — Roastbeef — Salat — Kompost — Rheinwein.

Omelette — Konfitüren — Bordeaux und Burgunder.

Kaffee — Rognak — Seft, diverse Weine.

Während sich anschließenden ausgedehnten Kneiperei wurden Belege von Butterbrot mit Leberwurst und anderem Belag gereicht. Auch Fleischwurst wurde zur Aufstrichung der Kräfte abgegeben. Selbstverständlich alles ohne Marken. Es ist anzunehmen, daß die Magen der Herrschaften noch niemals auf die besonders elenden Nationen, die im Kreise Malmedy gewährt werden, eingestellt waren, denn sonst hätten sie ein solches Menü (zu deutsch: Freßvolle) nicht ertragen können. Der Wirt aber, der im vierten Kriegsjahr den hohen Behördern des Kreises ein solches Festessen vorsetzen konnte, hat bald darauf mit vollem Rechte das Verdienstkreuz für Kriegshilfe erhalten.

## Aus Süden und den Nachbargebieten.

### Freitag, 10. Mai.

Die Versammlung der Bürgermajst, welche am Montag, dem 13. Mai, abends 6 Uhr stattfindet, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: Anträge des Senates: 1. Herrichtung von Räumen für das Kinderheim I. 2. Zeitweilige Außerkräftigstellung des Artikels 27 Abs. 3 Satz 2 der Staatsverfassung. 3. Nachbewilligung auf die Kosten der Neubauten der Straßenbahnen. 4. Erwerb einer Erbpachtstelle in Krempelsdorf. 5. Umbau des Kuhstalles auf dem Stadtgut Wisselde. 6. Verstärkung der für Obstbaumpflanzungen an den Landstraßen bewilligten Summe.

Wenn Mutter Wäsche hat . . . Der Stolz vieler Haushalten war in Friedenszeiten ihr Wäschebrank. Voll inneren Glücks führten sie jeden Besucher an das gespülte Spind, wo das Linnen, mit roten und blauen Bändern anmutig geschmückt, den Besucher anlockte. Wehe, wer sich von den Hausherrinnen erlaubte, die Ordnung zu stören, sich an einem Stück zu vergreifen, das für einen anderen Zweck bestimmt war! Nur zur Zeit der Aufzehrung, des schlechtesten Essens, des Schimpfens . . . Aber nach drei Tagen brach die Sonne wieder durch die müttlerischen Gewitterwolken; schön und sauber standen die vollen Wäschehörde vor ihr. Mit Wonne legte sie Stück um Stück, jedes einzelne liebend streichend, auf den übrigen, bis alles wieder „blendend weiß“ vor ihr geordnet war.

O. schöne Zeit, wohin bist du entschwunden? Wenn Mutter Wäsche hat, dann ist es, im Vergleich zu früher, wie eine Komödie zum Trauerspiel. Heute beginnt schon 14 Tage vorher das Stöhnen: „Schon wieder so ein Berg Wäsche und keine Seife, nur 125 Gramm Seifenpulver, und was für welches!“ Ja, es ist heute ein Jammer mit der Wäsche. Noch vor einem Jahre war es möglich, sie wenigstens sauber zu bekommen, wenn auch nicht „blendend weiß“; heute aber ist es geradezu verhängnisvoll für eine Frau bestellt.

Vor einigen Wochen erwünschten wir Seifenpulver, wodurch die Wäsche nicht weiß, sondern grau wurde; die Frau kam händeringend aus der Küche und fragte, daß der ganze Kessel weiter Wäsche graue Streifen bekommen habe, daß dieses Pulver, das eher Dreck statt Waschpulver heißen sollte, in seinem Falle den Staub entferne. Bei einer Beschwerde im Geschäft hieß es: „Das Pulver war auch markenfrei; das haben wir gewußt, daß es nicht gut ist.“

In dieser Not erscheint die Reichsbekleidungsstelle auf dem Platz. Ja, wir in Deutschland haben es gut. Man denkt für uns in Berlin, man überhebt uns der Sorgen, sich Gedanken für die Zukunft zu machen. Die Reichsbekleidungsstelle hält Bartbüge über die Wäsche, ihre Leistung sind sogar in der Form eines Poems erschienen, das wir unseren Leibern nicht vorenthalten wollen. Hier ist es:

### Schont die Wäsche!

Schont die Wäsche! Februarzeit

Einigkeit der Wäsche! Februarzeit!

Was nicht nach gewohnter Frise,

Sondern nur, wenn's nötig ist!

Gummelt Wäsche in dem Fach!

Seife spart durch Himmelsnaß!

Cloß wie Leibkoff Löcher frischt!  
Weißt gut ein, hält gut zum Schluss:  
Doppelt reingut, sonst Verdruss!  
Löst das Pulver vorher auf:  
Streut's nie trocken oben drauf!  
Reibt und gerät nicht wild drauf los,  
Löst so lang als nötig bloß!  
Stets beim Kochen darauf lebt,  
Dass die Lauge übersteht!  
Senkt den Stoff beim Bügeln nicht,  
Weibet, dass die Falte bricht,  
Da statt Stärke mancher Schall  
Gips zum Siebert oder Kall!  
"Kriegschein" — das genüge heut,  
"Schneeweiss" bleibt für Friedenszeit!  
"Schont die Wäsche!" lautet schlicht  
Eines jeden Deutschen Pflicht.

Hein, was? "Kriegschein" ist noch in seinem Wörterbuch der deutschen Sprache zu finden; es wird sich aber keinen Platz neben "Kriegsschall", "Kriegsmüde" und "Kriegsanleihe" suchen befreien. Nur wird dieses neue Wort die Frauen etwas begriffsschwierig machen. "Kriegschein"? Nun, es bedeutet, dass die Haustür auf ihre "blondend weiße" Wäsche verzichten muss. Leider hat sie es schon lange tun müssen, schon aus dem einfachen Grunde, weil die Wäsche, die heute nicht mehr ersezt werden kann, oft das Waschen mit dem Gifft gar nicht mehr aushält.

So sind wir auch hier von Stufe zu Stufe. Es muss einem jedesmal Angst vor der nächsten Wäsche werden. Wir wollten auch Regenfaz aufstellen, aber jedesmal trocknet, was heute hinzugezogen hat, die nächsten Tage aus. Die Reichsstelle hat vergessen, dass dieser gute Rat nur auf dem Dorte durchzuführen ist, wo man die Dachtraufe benutzt. Im übrigen sind die Ratschläge nicht neu; jede erfahrene Haushälterin hat schon immer so gehandelt. Wenn man ihr aber Drei, den sogar die Prüfungsstellen zulassen, zum Waschen gibt, da muss die Wäsche kriegswärmbar bleiben und die Frau sich schwärz ärgern, so dass man gut tun wird, sich für die nächste Zeit auf noch ärgeres gefasst zu machen.

Mit dem Jammer beim Waschen ist es noch nicht zu Ende; nun kommt dazu, dass nichts mehr gestärkt werden kann, da die Bügelerinnen keine Wäsche mehr annehmen oder sie zerknäult wieder abstreifen. Es kommt ferner hinzu, dass die Wäsche durch die heutige Art der Reinigung kurz und klein geht. Wir meinen: die knappe Zureitung an Seife und Waschmitteln hat eine Grenze, die längst überschritten ist. Da hilft keine Dichtkunst; hier muss alles getan werden, um Schlimmeres zu verhindern. Deshalb sollte die Reichsbekleidungshalle vor allem dafür sorgen, dass Soda und ein richtiges Waschpulver hergestellt und dass die ungeeigneten Mittel als Düngemittel verwandt werden. Vieles von dem, was heute zum Waschen angeboten wird, ist vielleicht auch als Düngemittel zu schlecht, aber der Schaden ist wenigstens nicht so groß.

"Schont die Wäsche!" lautet schlicht  
Eines jeden Deutschen Pflicht  
singt die Reichsbekleidungshalle. Sehr gut! Aber fügen wir hinzu:

Eure Pflicht vor allem sei,  
Besämpft erst mal die Schmuckerei;  
Gebt nicht Dreck heraus zum Waschen,  
Füllt nicht bloß Prostitutionssachen... th.

Der Himmelfahrtstag war gestern vom schönsten Wetter begünstigt und groß war die Zahl der Ausflügler, welche die im schönsten Grün prangende malerische Umgebung unserer Stadt aussuchte. Doch die frohe, übermüttige Stimmung wurde wohl bei den meisten durch den noch immer wütenden blutigen Krieg verbannt.

Der neue Direktor des Katharineums. Der Senat hat den Direktor des Gymnasiums in Fürstenwalde, Professor Dr. Georg Rosenthal zum Direktor des Katharineums ernannt und seinen Amtsantritt auf den 1. Oktober 1918 festgesetzt.

#### Der erste finnische Handelsdampfer in Lübeck.

Dienstag abend ist der erste Handelsdampfer aus Finnland (Abd.) mit Namen "Goode Trader" unter finnischer Flagge in den Lübecker Hafen eingelaufen, um Ladung für Finnland einzunehmen. Damit ist der direkte Seeverkehr mit Finnland wieder aufgenommen.

Kriegsanleihezeichnungen in den Schulen. Aus der Oberbehörde werden uns folgende Ergebnisse über die Beteiligung der lübeckischen Schulen an der Zeichnung der 8. Kriegsanleihe gegeben: 1. Höhere Schulen und Lehrerseminar 222 656 Mark, 2. Mittelschulen 16 128 M., 3. Volkschulen 5257 M., 4. Schulen im Eingemeindungs- und Landgebiet 13 668 M., das Gesamtergebnis für alle Schulen beträgt 257 709 M. Von der Gesamtzahl der Schüler und Schülerinnen der an der Zeichnung beteiligten Schulen, die sich auf 21 636 beläuft, haben sich 3262 Schüler und Schülerinnen beteiligt. Es kommen demnach auf den Kopf des zeichnenden Schülers (Schülerin) 79 M. (aber der 7. Kriegsanleihe 56,95 M.). Unfehlbar dieses sehr günstigen Auslasses werden die Pfingstferien, statt am 18., bereits am 17. Mai beginnen.

Junglaub. Um wertvollsten ist das Junglaub als Futtermittel in seinem ersten saftrohen Grün, da die Zellulose noch saft und weich, und ihre Säfte noch dehnungsfähig und lebendig sind. Alle Zellen sind voll pulsierenden Lebens, also mit Plasma, saftreichen Säften und Stärke oder Zucker bis zum Strophen angefüllt. Gerade diese Stoffe geben aber für die Ernährung den Ausdruck, deshalb ist es leicht einzusehen, dass gerade dieses junge frische Laub, wenn es als Futtermittel den Heerespferden zugeführt werden soll, doppelt wertvoll sein muss. Die Laubmänner sollen also im Mai und Juni möglichst große Mengen sammeln, weil das junge Laub viel mehr Nährstoffe enthält, als im Spätsommer. Man kann sagen, dass 10 Zentner Laubhau, im Mai und Juni gesammelt, ebensoviel verdauliche Substanz enthalten, als 14 Zentner, die im Herbst eingebracht werden. Aber nicht nur die Verdaulichkeit ist beim Junglaub eine Eigenschaft, auch die Bekanntheit ist hochwertiger. Junges Laub nährt nicht nur besser, sondern regt, wie praktische Erfahrungen gezeigt haben, auch die Freiheit der Tiere mehr an, träftigt die Verdauung und ist überhaupt der Gesundheit sehr attraktiv. Infolgedessen versäume man die beiden nächsten Monate ja nicht, möglichst viel Laub zu sammeln und der Versorgung abzuhelfen und zwar den Ortsbeamten, die es an die Ortsaufsichtsstellen der Reichsjustizministerie, Bezirksabteilung (Bezirksgerichtung der deutschen Landwirte), weiterleiten.

Gefindende Hoffnungen. Die milde Witterung dieses Jahres hat es ermöglicht, dass verhältnismäßig früh größere Mengen Spargel, Spinat, Radicchio und Salat auf den Markt kommen. Die Obstblüte, vornehmlich die der Äpfel, hat dem Vernehmen nach unter den letzten Nachfragen wenig gelitten, so dass der Fruchtkonsum vorzüglich sein soll. Die Birnen und Apfeln haben gut angelegt und auch die schwer mit Blüten beladenen Johannisbeersträucher lassen auf gute Ernte hoffen. Aber die Hoffnungen sind saßen, nur darf man sich zunächst noch nicht ihre Erfüllung in der Form von Gemüse- und Obstgenüssen denken. Denn zwischen Ernte und Tisch da gibt es noch viele Hindernisse, über die off das Gute, was die Sonne wachsen lässt, kann hinwegkommen. Und die Sonne kann noch so viel wachsen lassen, die Gewinnbrüder löst den Verbrauchern doch nur fiktive Kosten zuladen. Wir haben in der Kriegszeit schon reiche Ernten gehabt, die Verbraucher hatten trotzdem gegen den hinteren Mangel zu kämpfen. So viel führt die Freiheit darum ein Volk, wenn die Gewinnbrüder die Verteilung übernehmen und keine der Allgemeinheit Stelle der Handel gründlich regeln. Ob es im kommenden Erntejahr besser wird?

Beschlagnahmte Güter und Beladung von Eisenbahnmagazinen. Unter Hinweis auf die bestehenden Anordnungen zwecks Verhinderung beschlagnahmter Güter und Beladung der Eisenbahnmagazinen bitten das Generalstabskommando, einen Bereichsverordnung zu machen, dass ein ungehindelter, regelmäßiger Wagenumlauf unbedingt mög-

## Der amtliche Kriegsbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, 10. Mai. (Amtlich)

### Wehrlicher Kriegsjahrsplan.

In den Kampffronten war die Artilleriestätigkeit im Gebiete des Reviers, beiderseits des Osnabrückes und auf dem Westufer der Aare sehr stark. Starke Feuerstreuung in diesem Abschnitt folgten feindliche Vorstöße. Bei ihrer Abwehr und bei ringer Erfundungstätigkeit machten wie Geangene. Am Abend und während der Nacht lebte der Artilleriekampf zwischen Opern und Döse vielsach auf.

Un der übrigen Front blieb die Fechtstätigkeit auf Erkundungsläufe beschränkt.

Von den anderen Kriegsjahrsplänen nichts Neues.

Der Große Generalquartiermeister.

Rubendorff.

rend der Pfingstfeiertage schergestellt werden muss, unbeschadet einer etwaigen Unterbrechung der Arbeit in den kriegswirtschaftlichen Betrieben und bei den militärischen Stellen. Segliche Stockung oder Verzögerung muss unter allen Umständen vermieden werden. Empfänger und Absender haben rechtzeitig die nötigen Maßnahmen zu treffen. Seitdem die mit allen Mitteln zu erreichende Selbsthilfe nicht möglich oder nicht ausreichend ist, werden militärische Hilfsaktionen in gleicher Weise wie an den Wochentagen gestellt werden.

Die Wohlungszählung wird in der Stadt Lübeck in der Zeit vom 15. bis zum 31. Mai durch das Statistische Amt vorgenommen. Sie erfolgt durch Hauslisten, die von den Grundstückseigentümern oder deren Stellvertretern auszufüllen sind.

Auf die Veranstaltung des Haveländischen Abends am Sonnabend, dem 11. Mai, abends 8 Uhr, im Marmorsaal, werden wir ersucht, nochmals hinzuweisen. Ganz besonderes Interesse wird nach den Großanträgen im Westen dem Vorortag des Herrn Feld-Divisionspaares Simonow, Gutten. "Beim Lübecker Regiment im Felde" entgegen zu bringen sein, der mehrere Jahre bei der mit unserer Heimat eng beschäftigten 17. Division gesessen hat. Ferner haben dem Abend ihre Mitwirkung zugesagt unter trefflicher einheimischer Bühne Fritz Böhme und seine Gattin, die uns Lieder von v. Sykes, Henrich u. a. wie Duette von Kapellmeister Dr. Göhler bringen werden. Die Begleitung liegt in den bewährten Händen von Fräulein Grete Evers. Rezitationen von Herrn Schauspieler Hermann und Musikvorträge von Mitgliedern der Kapelle der 162er werden das Programm vervollständigen. — Da der Ueberblick des Abends dem Hilfsjubiläum der Hinterbliebenen von Angehörigen des Regiments Lübeck überwiegen wird, kann durch recht zahlreichen Besuch dieser Veranstaltung das Publikum unserer harten Feldgräben seinen Dank zum Ausdruck bringen.

Im Hanse-Theater gelangte gestern vor Jahr gut besuchtem Hause die bekannte Operette "Ein Walzertraum" von Oscar Straus zur Aufführung. Die Mitwirkenden taten, was in ihren Kräften stand, um ihren Aufgaben möglichst gerecht zu werden. Für Frau Venturi als Helene nahm die hübsche Erziehung und angenehme Stimme ein, während Frau Heinrich mehr durch ihr lebendiges Spiel als Frau hervortrat. Der Bringsmann Leutnant Alki wird gleichfalls von Herrn Hagen stotter wiedergegeben. Das Publikum, welches keine großstädtischen Ansprüche stellte, spendete vielen Beifall und begehrte mehrere Nummern zur Wiederholung.

pb. Junge Kinder. Errichtet und festgenommen wurde ein jugendlicher Arbeiter aus Lübeck, der mit seinem 14-jährigen Bruder aus einem Schuppen am Markt 100 Säcke geholt hatte. Ein Träger, der diese Säcke laufte, von denen er sich den Umständen nach hätte lagern müssen, dass sie gestohlen waren, durfte sich wegen Habserei zu verantworten haben.

pb. Wegen Brandunterstüzung festgenommen wurde ein Kellner aus Hamburg, der in dem Lokal, wo er bedient hat, die von einem Gast verlorene Brieftasche mit Geld an sich genommen hatte, um sie für sich zu behalten.

pb. Giakobachäubchäule. Aus einem Lagergeschäft am Kanal sind mittels Einbruch 100 Säcke, gezeichnet J. Wieders bez. J. W. gestohlen worden. — In der Nacht zum 6. d. Mts. sind mittels Einbruches aus einem Hause in der Brüderstraße 1 Wart halb lange Säcke gestohlen. 3 Paar gute Säcke für 100 Säcke, 2 Paar Stiefel und diverse Lebensmittel gestohlen worden.

pb. Wäschediebstahl. In der Nacht zum 7. d. Mts. sind in der Buschfritze 1 rot farbter Bettzeug, 1 weißes Herrnherab, 2 Paar graue Strümpfe, 1 hellblaues Madchenkleid und ein weißer Bettbezug gekohlten worden.

Schüberg. Vom Zug erzählt wurde der Arbeitssmann Soll von hier, der seit kurzem auf dem hiesigen Bahnhof als Stationärarbeiter beschäftigt wird. Er war im Begriff, einen Wagen mit Begleitgepäck über das Gleise zu fahren, als ihn der Güterzug überholte. Der Verzögerung hinterließ eine Warte mit zwei noch schulpflichtigen Knaben.

Hamburg. Der Vorstoß der Großerwerbspolitiker in der Lübecker Bürgerstadt begann am letzten Mittwochabend. Zur Beratung standen folgende Anträge: Stubmann (PL) und Grossen beantworben: "Wir beantragen, den Senat zu erläutern, angehört der finanzielle Lage des Reiches und der durch den Krieg teilweise schwer getroffenen Bundesstaaten im Bundesrat dahin zu wirken, dass bei den weiteren Friedensschlüssen neben einer durchgreifenden Sicherung unserer kontinentalen Grenzen 1. auf eine ausreichende Kriegsentschädigung seitens unserer Feinde, gegenseitig durch eine gezielte vorzugsweise Lieferung von Rohstoffen, 2. auf den Ausbau eines den Friedensschlüssen unseres Volkes entsprechenden großen Kolonialbesitzes, 3. auf eine wirkliche Sicherung der berechtigten deutschen Forderungen an das Ausland Bedacht genommen wird." Hierzu liegen folgende Anträge vor: von von Schauensee und Genossen: "Wir beantragen, den Antrag von Dr. Stubmann und Genossen, betreffend weitere Friedensschlüsse, durch die Aufnahme der folgenden Ziffern 4, 5 und 6 zu erweitern: 1. auf den Wiederaufbau des deutschen Handels durch Abreise feindlicher Sozialistenschlachten, durch Aufnahme der Weltbegünstigungsstaaten in jüdische Handelsvereinbarungen und durch Verhinderung jeder Vorzugsweise Lieferung von Rohstoffen, 2. auf eine ausreichende Sicherstellung des freien ungehinderten Verkehrs der deutschen Schiffe auf allen Meeren, insbesondere auch ihrer vollen Gleichberechtigung in allen seindischen Häfen, 3. auf eine Wiederherstellung aller während des Krieges im seindischen Ausland den Deutschen entzogenen dringlichen und vertraglichen Rechte im bezug auf Gewerbe, Konzessionen und Vergleichungen." Von Dr. Körber (SPD) und Genossen: "Für den Fall der Annahme des Antrages Dr. Stubmann und Genossen beantragen wir folgenden Zusatz: enderst — aber auch angesichts der unerträglichen Zustände und der wütend zärtlichen Opfer, die uns jeder weitere Teil des Krieges bringt, dahin zu wirken, dass der Krieg unverzüglich um solche Forderungen willig verlangt wird, deren Erfüllung auf einer sozialen Basis aufzurichten, die unter den Bedingungen der heutigen sozialen Entwicklung der Menschheit eine gerechte und faire ist." Von Dr. Körber (SPD) und Genossen: "Die Bürgerlichkeit wolle unter Abhaltung des Antrages von Dr. Stubmann und Genossen erklären: Das kommende Frieden muss nahelegen der ganze Verlauf des Weltkriegs die Unbedingtheit Deutschlands und die Freiheit seiner wichtigen Entwicklung sicherstellen. Eine solche Sicherstellung kann am besten erreicht werden durch einen Frieden, der 1. im Staate des Friedensabschlusses vom 1. Juni 1917 einen verbindlichen

Ausgleich der wirtschaftlichen Bedürfnisse der miteinander im Kriege befindenden Völker herstellt; 2. die Fortführung des überstaatlichen Rechtsordnungen nach dem Frieden ausschließt und 3. zu einer Einschränkung der Rüstungen und die zunäckige Schaffung politischer Grundzüge für die Sozialgesetzgebung anstrebt." — Die Begründung des Antrages Stubmann erholte Lehrer ausführungen von Thiel in der Lübecker Bürgerschaft. Auch er versicherte, dass der Antrag nicht aus alldeutscher Initiative zu rücksichtigen sei. Ob Stubmann, wie Thiel und Dr. Meyer in Lübeck, auch eingeschriebenes Mitglied der Alldeutschen ist, wissen wir allerdings nicht. Der Vertreter der Liberalen, Dr. Röder, erklärte sich für Annexions (genannte Sicherungen) und Kriegsentschädigungen. Genossen Stolten wunderte sich gegen die Kriegserlängerungen bestreitungen der Großerwerbspolitiker und begründete endringlich den sozialdemokratischen Antrag. Daraus wurde die Wiederberichtigung auf den 15. Mai vertragt.

Parberg. Ein großer Feuerbrand entstand am Himmelfahrtstag aus bislang unbekannter Ursache zwischen Deutsch-Evern und Hohenbostel, der bei der herrschenden Dürre eine große Ausdehnung annahm. Eine Abteilung Soldaten wurde zu Hilfe gerufen.

## Theater und Musik.

Im Marmorsaal des Stadttheaters bereitete das hervorragende Mitglied des Hamburger Deutschen Schauspielhauses Max Montor dem außerordentlich zahlreich erschienenen Publikum einen großen finanziellen Gewinn durch die Wiedergabe von Goethes "Faust", erster Teil, mit dem Prolog im Himmel. Ist es schon eine gewaltige Gedächtnisleistung und physische Kraftanspannung, eine so umfangreiche Dichtung frei vorzutragen, so gewinnt die Darbietung Montors vor allen Dingen dadurch an Wert, dass er sie in allen Einzelheiten auf das kleinste durcharbeitet hat und die verschiedenen Gestalten und Charaktere vor dem geistigen Auge der Hörer lebendig erscheinen lässt. Dafür wurde dem eitelpärrigen Künstler rauhender Beifall zuteil. Oblich nicht noch besser als die Gretchen-Tragödie Abschnitte aus dem zweiten Teile des "Faust" zur rezitatorischen Wiedergabe eignen, bleibt im übrigen dahingestellt.

## Wo bleiben die beschlagnahmten Lebensmittel?

Dem Schlechthandel geht man in der letzten Zeit sehr scharf zu Leibe. Mit Recht. Gefährdet er doch mit unzähligen gesetzlichen Lebensmittelwirtschaft. Es ist allerdings ein Unterschied zu machen zwischen dem gewerbsmäßigen Schlechthandel und dem gelegentlichen Schlechthandel. Der gewerbsmäßige Schlechthändler sucht Lebensmittel auszufüllen aus Gewinnlust, er nutzt die Not der Menschen aus, und das ist das Verwerflichste, was man sich denken kann. Allgemein begrüßt wurden deshalb die langen gesetzlichen Verbesserungen, dass der gewerbsmäßige Schlechthändler mit Gefängnis, Zuchthaus und hohen Geldstrafen zu verurteilen ist und ihm ebenfalls auch die bürgerlichen Ehrenrechte abzuentzieren sind. Auch die zusammengehamsterten Beziehungen müssen rücksichtlos beklaghaft und ohne Vergütung dem Schlechthändler abgenommen werden. Anders allerdings müssen die Personen behandelt werden, die von Hunger getrieben aufs Land gehen und sich dort kleine Mengen Lebensmittel holen, um ihrer Familie das Durchhalten in dieser schweren Zeit zu ermöglichen. Gleichwohl findet auch das Zusammenhamstern von kleinen Beständen der Allgemeinheit. Wir haben nur eine bestimmte Menge Lebensmittel, weil wir abgeschlossen sind vom Ausland und unsere einheimische Produktion zurückgeht; aber menschlich verträglich und vernünftig ist es, wenn eine Mutter für ihre unternährten Kinder einige Pfund Kartoffeln oder ein paar Eier gibt, sobald sie verhungern mögen. Läßt man allerdings zu großen Wiederhandel einen noch weit größeren Umlauf annehmen, als dies ohnehin schon der Fall ist, dann kann deshalb begreifen, dass die Behörde es nicht duldet, und das auch kleinsten Beständen beschlagnahmt werden, um sie der Allgemeinheit wieder zuzuführen. Viele Kaufleute haben sogar Verständnis für die Beschlagnahme, was sie aber nicht verstehen können, da das zum Teil rigore und geradezu brutale Vorgehen einzelner Gendarme und Militärpersonen. Man muss die Szenen an Kleinbahnhöfen in Landgemeinden erleben haben. Lebhafte Auswanderer, sogar Schlägereien sind oft die Folge, weil die Beamten auch das allerkleinsten Quantum rücksichtslos wegnehmen, nicht einmal die Behälter (Koffer, Taschen, Säcke) zurückgeben und keinerlei Vergütung dafür erfolgt und, was das Schlimmste ist, die Bevölkerung seinerlei Kontrolle darüber befreit, was mit den beschlagnahmten Lebensmitteln geschieht. Es sind die tollsten Gerüchte im Umlauf. Man erzählt sich von Gendarmen, die die abgenommenen Lebensmittel ihrer Familie oder ihren Verwandten zuführen, die die Lebensmittel vergraben und dort mehr. Den Gerüchten ist immer entgegengesetzt. Nur eine Möglichkeit besteht, die Grundlage für diese Gerüchte zu entziehen: Die Beamten müssten verpflichtet werden, die Nutzung über die beschlagnahmten Lebensmittel zu leisten. In der Quittung müsste das Quantum (Gewicht oder Stückzahl) der beschlagnahmten Lebensmittel angegeben sein, Tag und Stunde, wann die Beschlagnahme erfolgt ist, die Namensunterschrift des betreffenden Beamten unter Angabe der Behörde, in deren Auftrag der Beamte tätig ist. Die Leute hätten dann die Möglichkeit, bei der Behörde zu erheben, oder wenigen Nachfragen darüber anzuhören, ob der Beamte die Lebensmittel auch reihig abgeliefert hat. Es bedürfte ja nur der Einsetzung der Quittungen, die aufgerechnet und mit den an den Beamten abgelieferten Lebensmitteln zu vergleichen seien würden. Das würde überaus beruhigend auf die Bevölkerung wirken. Aber nicht nur das. Die Lebensmittel müssten dann auch der Gesamtheit wieder zugute kommen, indem sie zu den Bränden der Gemeinde geworben würden und dadurch vielleicht die allgemeine Ration etwas erhöht würde, oder aber, indem die Bränden der Personen zugute kommen. Die Gemeinden aber müssten von Zeit zu Zeit in irgend einer Form die Öffentlichkeit darüber aufklären, wie viele Lebensmittel beschlagnahmt würden und wie diese Brände Verwendung gefunden hätten. So wie die Sache jetzt gehandhabt wird, kann es nicht weitergehen. Man kann einfach auf die Leuten Lebensmittel abziehen und sie im unzureichend darüber lassen, was damit geschieht und wen sie zugute kommen. Diese vom Kriegsministerium für Konsumanteninteressen ergriffene Forderung wäre jedenfalls geeignet, eine Quelle der Korruption zu verstopfen und Gerüchten den Boden zu entziehen.

## Aus dem Gerichtsaal.

Todesurteil gegen einen Fahnenflüchtigen wegen Kriegsverrats. Durch das Urteil des bei dem Kommandanturgericht in Berlin gebildeten Feldkriegsgerichts vom 29. April wurde der fahnenflüchtige Matrose Theodor Städler, aus Münster, i. W. gebürtig, wegen vollendeter Kriegsverrats, begangen nach seiner Fahnenflucht in Holland, zum Tod verurteilt. Städler war einem der zahlreichen feindlichen Spionageräuber aus Holland in die Hände gefallen. Seine Flucht erfolgte auf einer Reise, die er zu Spionagewesen von Holland nach Deutschland unternahm. Der Fall gibt Anlass dazu, auf die außerordentlichen Gefahren aufmerksam zu machen, denen Fahnenflüchtige im neutralen Ausland ausgesetzt sind.

## Aus Nah und Fern.

Donnerstag um 2 Uhr ein Brand ausgebrochen. Von den dort lagernden 500 Tonnen Getreide ist das seitens verschiedener Komunalverbände zur Vermählung bei der mit dem Speicher verbundenen Mühle eingelieferte, etwa zur Hälfte verbrannt, während die übrige Menge, ebenso wie die im Speicher lagernden Wehlvorräte, gerettet werden konnten. Die Ursache des Brandes ist noch nicht sicher aufgeklärt, ist aber wahrscheinlich Selbstentzündung. Der Speicher war Tag und Nacht bewacht. Die Wache ist zuletzt um 1 Uhr nachts revidiert worden.

Der Taucher nach der Fleischwurst. Eine eigenartige Beobachtung machte ein Arbeitsmann auf dem Schlachthofe in Danzig. Es sah, wie auf dem Dache der Wurstmacherie dort beschäftigte Arbeiter dann und wann einen angefeilten Gegenstand in die Wurstmacherie hinstülpten. Gar bald kam man dahin, daß der angefeilte Gegenstand ein Lehrstück war, der von den

Gefesseln als Taucher nach Fleischwurst benutzt wurde und bei seinen verschwundenen Besuchern bereits über einen Zentner anzutragen gebracht hatte. Man macht dieser einträglichen Tächerlei mit rauher Hand ein Ende und sperrte Gefesseln und Lehrling ein.

Eine Leiche, die erst nach 13 Jahren entdeckt wurde. Ein schwangerer Hund wurde vor wenigen Tagen in dem Wirtschaftsgebäude eines schwedischen Gutes gemacht. In einer Kumpelkammer, in die seit etwa 15 Jahren keine menschliche Seele gekommen war, lag das Gräppel eines Mannes in verhältnismäßig gut erhaltenem Menschenhastrakt. Sowohl an den Kleidern wie an dem Skelett selbst waren deutliche Spuren von Ratten nachweisbar. In dem einen Schuh hatten die Nagetiere sogar ihr Nest ausgeklungen. Auch der Umstand, daß kein Verwesungsgeruch sich bemerkbar gemacht hatte, der zweifellos zu der Entdeckung

der Leiche geführt hätte, ist vermutlich auf die Tätigkeit von Ratten zurückzuführen, die den Körper bis auf die Knochen, das allein übrig waren, vollständig aufgefressen hatten. Die Person, die des Toten konnte bis jetzt nicht sicher festgestellt werden. Doch vermutet man, daß es sich um einen vor etwa 18 Jahren aus dem Armenhaus verwundeten Anstreicher gesellen handelt, der später auf dem betreffenden Gute gearbeitet hatte. Auch die Todesursache ist nicht zu ermitteln.

Berantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling, Verleger: Th. Schwartz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.



**Wir bitten den Einkauf in der Putz-Abteilung  
in den Vormittagsstunden zu erledigen.**

Moderne Huf-Formen  
2.75 3.95 5.00 7.50 12.50 und teurer

Hufblumen u. Ranken 25,-  
zum Aussuchen Stück

Seidenband in vielen Farben  
Abschnitte für Hut-Garnituren 75,-  
Stück

# HOLSTENHAUS

G. m. b. H. **LÜBECK**

## Bekanntmachung betreffend Fleischverkauf.

In der Woche vom 18. bis 19. Mai 1918 werden 250 gr Rindfleisch oder 500 gr Frikadelle oder 250 gr angeräucherte oder 200 gr Dauerwurst, auf die Rinderfette die Hälfte, ausgegeben.  
Lübeck, den 10. Mai 1918.  
(2227)

**Das Polizeiamt.**



Den Heldentod fürs Vaterland starb der Akkumulatorenwärter des Elektrizitätswerkes

## Gefreiter Rudolf Hamann.

Wir werden das Andenken des Gefallenen, der ein treuer und guter Arbeiter war, in Ehren halten.

Lübeck, den 10. Mai 1918.

**Die Beamten und Arbeiter  
der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke.**  
I. A.: Hase, Oberbaurat.

## Lübeckische Beleihungskasse für Hypotheken.

Geschäftsstelle: (2222)  
Fleischhauerstraße 18, Zimmer 6.

## Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter Orienteerwaltung Lübeck.

Als weitere Opfer des  
Krieges fielen unsere  
Mitglieder

## Carl Bannow Ludw. Stamer.

Wie werden denselben ein  
ehrendes Andenken bewahren  
(2232) Der Verstand.

Zu verkaufen 1. Bettl. 15  
**Bahnhöfe, Bretter,  
Fäden, Daunen**  
zum Nachnutzen  
Rudolf Wegner, Lindenplatz 4.

## Eine Bettstelle m. Matratze zu verkaufen.

Bülowstr. 3, II.

## J. H. Pein

Am Markt 12.  
Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für  
erstklassige  
:: Manufakturwaren ::  
Spezialhaus für Betten  
Bettfedern u. Daunen  
Herren- und Knaben-  
Garderob. Arbeiter-  
und Berufs-Kleidung.

**Haltbare  
Hosenträger**  
mit Leder und gutem  
Gumm. zum Nachnutzen  
Aug. Janensch,  
Sandstraße 6. (2225)

## Bilderleisten einrahmungen

Oscar Tauchnitz, Glashandlung,

Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2808.

## Feldpostkartenbriefe

sind vorräufig.

Buchh. d. Friedr. Meyer & Co.,  
Johannisstraße 46.

## Vaterländischer Abend

Sonnabend, den 11. Mai, abends 8 Uhr  
im Marmorsaal.

Feld-Divisionspfarrer Zinnow, Eutin:

„Beim Lübecker Regiment im Felde.“

Lieder und Duette: Konzertsänger Bähnke

Frau Adele Bähnke.

Recitation: Schauspieler Biermann.

Ueberschuss für den Hilfsfonds Hinterbliebener von Angehörigen des Regt. Lübeck. (2226)

Karten zu Mk. 1.— (numeriert) und 50 Pf. bei Ernst Robert.

## HANSA-THEATER.

Freitag, d. 10. Mai, abends 8 Uhr: Operetten-Gastspiel.

## Ein Walzertraum.

Sonnabend, den 11. Mai, abends 8 Uhr:

## Ein Walzertraum.

Sonntag, den 12. Mai, abends 8 Uhr:

## Ein Walzertraum.

Nachmittags 3 Uhr, Familien-Vorstellung:

## Fräulein Kadett.

Montag, d. 13. Mai und folg. Tage, abends 8 Uhr: Ein Walzertraum.

## Die Vorgänge in der Ukraine vor dem Haushaltsausschuss.

Bei Beginn der Dienstag-Sitzung teilte, wie schon v. gestern berichtet, der Kriegsminister mit, daß jedem Mitglied des Ausschusses ein Heft der Druckschriftenfolge übergeben wurde, die in der Armee des Generals v. Eichhorn zu Aufklärungszwecken benutzt wird. Der Kriegsminister lehnte jede Verantwortung für das Druckwerk ab und bezeichnete es als unverantwöltlich. In dieser Beurteilung der Druckschrift waren sich alle Mitglieder des Ausschusses einig. Man forderte, daß auch die anderen Hefte vorgelegt werden sollen und behielt sich vor, auf die Sache im Plenum des Reichstages eingehend zu sprechen zu kommen. Der Ausschuss wandte sich dann wieder den Vorgängen in der Ukraine zu. Unterstaatssekretär v. d. Bussche erklärte, der russische Botschafter, Herr Joffe, sei lediglich mit einer Urkunde angelangt, durch die er bei der Regierung als bevolkmächtiger Vertreter der russischen Republik eingeschürt wird.

Abg. Graf Westarp besprach dann die Vorgänge in der Ukraine. Er erklärte, daß er mit den Maßnahmen, die dort getroffen worden sind, durchaus einverstanden sei. Es war die Aufgabe „der dortigen Militärverwaltung“ (?), dafür zu sorgen, daß der Anbau des Getreides gesichert würde. Ein „festes Zugreifen“ war notwendig, weil sonst die ukrainische Regierung ihre Pflicht nicht erfüllt hätte. Ob die neue Regierung großrussisch orientiert sei, müsse zunächst einmal abgewartet werden. In einem Zusammenschluß Großrusslands und der Ukraine liege jedenfalls durchaus keine Gefahr für Deutschland und bilde auch kein Hindernis dafür, daß wir uns in den Randstaaten nach unseren Bedürfnissen einrichten. Die Regierung dürfe aber nicht das ausführende Organ der Reichstagsmehrheit sein, denn das widerspreche der Verfassung. Der Kanaler müsse vielmehr auf das „maßgebende Urteil der militärischen Stellen“ jederzeit Rücksicht nehmen. Die Mehrheit des Reichstages übe ganz offen einen ganz unzulässigen Einfluß auf die Regierung aus.

Bundeskanzler v. Payer äußerte sich dann in einer einständigen Rede sehr eingehend über das ganze Gebiet der Ostfragen. Er erklärte, das Ziel der deutschen Regierung sei, mit den von Russland losgelösten Völkern in Friede und Freundschaft zu leben. Der Weg dazu sei der der Verständigung, nicht aber der der Vergewaltigung. Bei der Verschiedenheit der Staaten könne aber nicht nach einer Schablone gearbeitet werden, insbesondere seien deshalb nicht, weil an der Entscheidung auch Deutscherreich beteiligt sei. Unter Einschätzen in Finnland ist veranlaßt worden durch militärische und wirtschaftliche Momente. Im Kampf gegen die Finnen stand zweifellos auch reguläres russisches Militär, nicht nur die russischen Volksbewegungen. Unser Flanke in der Ostsee war dadurch dauernd bedroht, deshalb war es notwendig, dem Hilfsfuer der finnischen Regierung zu folgen und in Finnland einzurücken. Wir haben dort nun ziemlich erreicht, was wir wollten, nämlich die Sicherung der Ostsee, und haben dadurch gleichzeitig für Schweden einen Schutzwall gegen den Osten geschaffen, dessen es dringend bedurfte und für den es uns dankbar sein wird. Bezuglich Estlands und Livlands steht die Regierung auf dem Boden der Antwort, die der Kanzler den Vertretern dieser Länder im Großen Hauptquartier gegeben hat. Die Zustände in Litauen sind derart verworren, daß es eine geraume Zeit dauern wird, bis dort eine eigene Verwaltung geordnete Zustände schaffen kann. In der Ukraine gehen wir durchaus konform mit der österreichischen Regierung. In die inneren Verhältnisse einzumischen, haben wir

nicht die Absicht. Aber wir müssen dort für die Sicherheit unserer Truppen besorgt sein und vor allen Dingen dafür, daß die zugesagten Getreidemengen von der Ukraine tatsächlich auch geliefert werden. Herr v. Paner bestritt dann, daß die deutsche Regierung irgendwie an dem Regierungswechsel beteiligt war. Ein Gegensatz zwischen der Reichsregierung und der Obersten Heeresleitung bestehe nicht, die Regierung lasse sich nur von ihrem Pflichtgefühl leiten.

Abg. Haase (Unabhängiger) erklärte, für die Situation sei es sehr bezeichnend, daß Graf Westarp mit der Ostpolitik einverstanden sei. Es könne nicht bezweifelt werden, daß die Regierung unter dem Druck der Obersten Heeresleitung stehe. Die Regierung habe niemals den Weg der Verständigung gewählt, sondern überall den Weg der Gewalt betreten. Die Behauptung, daß wir Finnland befreien müßten, sei ein plumper Täufungsversuch. Die Deputation, die aus Estland nach dem Großen Hauptquartier gekommen war, war lediglich eine Vertretung der dortigen Ritterschaft, nicht aber des estnischen Volkes. Das absprechende Urteil über die gestürzte Regierung der Ukraine sei außerordentlich merkwürdig, denn die deutsche Regierung habe mit denselben Leuten Frieden geschlossen und sie erst in ihre Stellen eingesetzt. Von deutscher reaktionärer Seite ist den Ukrainern der Rat gegeben worden, an die Bauern das Land nicht zu verteilen, sondern zu verkaufen. Die jetzige ukrainische Regierung scheint gewillt zu sein, diesen reaktionären Ratschlag zu befolgen. Der Redner sieht dann aus, daß der deutsche Oberbefehlshaber gar nicht bestrebt war, den bekannten Feldbefehlsbefehl zu erlassen. Dieses Vorgehen des Militärs muß Haas gegen uns ausspielen und den Widerstand stärken, uns Getreide zu verkaufen.

General v. Wriesberg glaubt, die Oberste Heeresleitung in Schutz nehmen zu sollen gegen angebliche Angriffe des Börschders.

Abg. Gathein jetzt dann in längeren Auseinandersetzungen, daß der Weg, den die Regierung eingeschlagen hat, um ihr Ziel im Osten zu erreichen, bedenklich sei und durchaus nicht mit Sicherheit zu den er strebten Zielen führen kann.

Die Verhandlungen werden am Mittwoch fortgesetzt.

Nachdem die Berichterstattung durch Beschluß des Haushaltsausschusses freigegeben ist, geben wir den ukrainisch offiziellen Bericht über die Verhaftungen in der Rada wieder, den Genosse Scheidemann am Sonnabend verlesen hat. Er ist vom 26. April datiert und lautet:

„Aus Kiew wird amtlich unter dem 26. ds. Mts. gemeldet: Gestern um 4 Uhr nachmittags wurde das Gebäude, in welchem die Zentralrada lagt, von Leuten in der Uniform deutscher Offiziere und Soldaten umzingelt, und die Mitglieder der Zentralrada, sowie auch Mitglieder der Regierung, die zu einer Sitzung der Rada versammelt waren, sind untersucht und verhaftet worden. Es wurde den Anwesenden befohlen, aufzustehen und die Hände hochzuhalten. Die Behandlung war grob und unhöflich. Der Vorsteher des Präsidenten der Zentralrada, Professor M. Hruschewskyj, gegen eine Verhaftung der Parlamentsmitglieder im Palamentsgebäude blieb unbeachtet. Überdies wurde gegen Professor Hruschewskyj Brachialgewalt angewandt. Während der Untersuchung wurden Professor Hruschewskyj alle privaten Schriftstücke und Dokumente der Zentralrada weggenommen. Die Untersuchung dauerte 3½ Stunden. Ohne Zeugen irgendeiner Befolmächtigung dazu wurden folgende Minister verhaftet: Minister des Innern Tschatschenko, Minister des Außenwesens Lubynskyj, Kriegsminister Schuschkow, und der Direktor des politisch-administrativen Departements Kajewskyj.

Der deutsche Gesandte Freiherr Mummi v. Schwarzenstein wurde von diesem Vorfall in Kenntnis gebracht und befragt, ob der Vorfall ihm, als Vertreter eines der Ukraine befriedeten Staates, bekannt ist. Der Gesandte wurde eracht, den Fall der deutschen Regierung mitzuteilen. Die ukrainische Regierung hat gegen eine solche Handlungsweise vor dem deutschen Gesandten einen entschiedenen Protest eingelegt und auf die schwierigen Folgen aufmerksam gemacht, die das Eingreifen hervorrufen kann. Der deutsche Gesandte hat versprochen, seiner Regierung von dem Ereignis Mitteilung zu machen und bemerkte, daß es ihm unbekannt sei, was in der Zentralrada vorgekommen ist. Um 8½ Uhr abends wurde der ukrainische Ministerpräsident von dem deutschen Generalkonsul benachrichtigt, daß die Erklärung der ukrainischen Regierung nach Berlin übermittelt worden ist.

Die übrigen Mitglieder der Zentralrada und der Regierung haben entsprechende Proteste gegen das Eingreifen in die inneren Angelegenheiten der Republik, gegen Verleugnung der Konstitution, des Völkerrechts und der Völkerbeziehungen erhoben.

Bilzhäuser hat sich die Nachricht in der ganzen Ukraine verbreitet. Aus verschiedenen Orten wird bereits gemeldet, daß dort Unruhen entstehen und daß das Land infolgedessen von der äußersten Anarchie bedroht wird.“

Genosse Scheidemann schloß seine Rede mit den Worten: Er gebe der Regierung den Rat, wenn sie mit den Borkommissen im Osten nicht einverstanden sei, die Rolle von Siedlern aufzunehmen für andere nicht weiter zu spielen, sondern auch vor der Feindseligkeit den Deutschen die Verantwortung zu überlassen, die die Dinge verschuldet haben.

## Deutscher Reichstag.

### Im Reichstage

ging es am Mittwoch sehr still zu. Nur einige wenige Abgeordnete waren im Saale anwesend; nichtsdestoweniger waren die Debatten von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Der in Niederbarnim vor kurzer Zeit gemachte Genossen Wissell hielt seine Begründungsrede, in der er seine Befähigung in sozialpolitischen Fragen bewies. Er wußte sich vor allem gegen die juristisch-formale Auslegung der Reichswirtschaftsordnung in Streitfragen gegen die Arbeiter, denen sehr oft das Brot vom Mandat dadurch genommen wird. Der Abg. Neumann-Hofer von der Volkspartei wandte sich mit Recht gegen das Verhalten der Privatverkehrgesellschaften gegenüber den Kriegsbeschädigten. Soletzt sprach unser Genosse Kräzig und entwarf ein Bild der Betriebsförderung in der Tiefarbeiterchaft, einer Folge der Stilllegung von Betrieben, die eine Höhe bis zu vier Fünftel alter Betriebe erreicht hat. Er forderte dringende Maßnahmen zum Schutze der Tiefarbeiterchaft um sie nicht dem völligen Untergange zu preisen.

\* \* \* Berlin, 8. Mai 1918.  
161. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstheater: Dr. v. Stein.

Die Beratung über den

### Estat des Reichswirtschaftsamtes

wird fortgesetzt.

Abg. Bartholat (Wpt.) protestiert dagegen, daß die 100 Millionen Mehrbelastung durch Erhöhung der Renten den Sicherungsträgern der Landesver sicherungsanstalten und Berufsgenossenschaften auferlegt werden.

Unterstaatssekretär Dr. Kappat: Die gewünschten Zurückstellungen der Gewerbeinspektoren vom Heeresdienst sind so weit möglich, von der Heeresverwaltung ausgeführt worden. Den Schädigungen der Arbeiter bei der Herstellung von Explosivstoffen

## Diethelm von Buchenberg.

Eine Schwarzwalder Dorfgeschichte von Berthold Auerbach.  
20. Fortsetzung.

### Fünfzehntes Kapitel.

Unter klappenden Schlittenhellen fuhr Diethelm nach dem Dorfe hinab, er atmete tief auf, in der kalten Morgenluft und starrte fast bewußtlos vor sich hin, beobachtend, wie die Rappen so rasch und gleichmäßig die Füße hoben, und wie sie so mutig die schellenumwundenen Köpfe waren.

Während im Herzen ein jäher Schreck ausklang oder wilder Schmerz rast, ist oft der äußere Sinn verloren und gerangen in der Betrachtung eines Harbenspiels, eines alltäglichen Ereignisses, und verlor seine Wirkung, als wäre sonst nichts auf der Welt, und als müßte gerade dieser Vorgang in seinem innersten Wesen erforcht werden. Erwacht dann das innere Bewußtsein aus solcher traumatischen Versenkung, so führt der Gedanke an das erlöste Unheil wie mit tausend schreidendem Waffen aufs neue durch alle Lebensnerven, durchzuckt das ganze Leben, und ein lauter Aufschrei spricht es aus, was über das selbstvergessene Menschenherz gekommen ist.

„Komm, Schmied,“ hieß es nun, „es ist Befehl vom Amt, daß wir mit dem Bahnhofsladen haus müssen, der Postwagen kann nicht durch. Sollen wir gleich die Rappen da einspannen?“

Diethelm wehrte ab, und es gelang ihm, seine halb geprüften Pferde zu halten. Der Trupp eilte nach dem Sprühenthalmen, wo der Waldhorn stand.

Im ganzen Dorfe war jetzt eine wundre Ausregung. Die Nachricht, daß man von aller Welt abgeschritten sei, durchdrang alle Häuser, und die Menschen, die sonst nie daran dachten, daß anderswo auch noch Leute wohnen, taten auf einmal, als ob sie alltägliche Verbindungen nach außen hätten und gar nicht leben könnten ohne deren ungestörten Bestand. Nebstall in den verschiedensten Gassen sah man mit dem Winde lämpfende Menschen hin und her rennen, Weiber grüßen, wie sie unverschont in eine tiefe Schneewehe traten. Kinder jagten, Männer schrien; man lief nach den Nachbarhäusern zu Eltern und Verwandten, als müßte man sich vergewissern, daß der Weg dahin noch offen sei, und Vorsorglich eilten zum Krämer, um sich Salz zu holen; denn es hatte sich das Gerücht verbreitet, daß der Salzvorrat bald erschöpft sei und man lange nichts von außen bekommen könne. Vor allen Häusern wurde gehäuft und G's gehakt und mancher Scherz dabei verübt, und die Kinder taten überall mit, denn in der allgemeinen Ausregung war ein glücklicher, schulterreicher Tag. In das verschlossene, lautlose Winterleben des Dorfes war plötzlich ein helles, lärmendes Straßenreiben gekommen, in dem das damit verbundene Krachen jaß vorgelesen schien; der Wirtshaus hatte seinen eigenen Reiz, und die Erwachsenen sind auch oft wie die Kinder, denen nichts lieber ist, als eine summefreie Umkleide der gewohnten Ordnung.

Das meiste Leben war bei dem Bahnhofsladen. Dieses nom aus dem Urzustande herkommende Fahrzeug, aus starken in einem wichen Winkel gefügten Borden bestehend, einem in der Mitte zerklüfteten Schafte gleitend, dessen End mit Eisen beschwert, wurde mit jedes Kunden bestückt und niedriges dreitei-

Mann stellten sich als Beschwerungslast auf denselben, johnten und schrien.

Diethelm sah all dem Treiben mit unheimlicher Seelenangst zu. Das Herz im Leibe drückte ihn wie ein Stein, bald übertriebene es ihn eiskalt; den Schweiß am Auge spürte er kaum mehr. Am Bahnhofsladen hätte er mehrmals den Namen Medard kennen. Am Ende stand immer bei dieser Ausfahrt gewesen war und sich heute nicht sehen ließ. Diethelm sagte, der Medard müsse daheimbleiben, da er verreise. Endlich fuhr das schwere Gefährt das Dorf hinaus, und es trat eine Weile Stille ein. Diethelm kehrte in das Waldhorn zurück. Der Bettler war froh, daß sich die Reise noch verzögerte, während Diethelm vor Bergwerfung fast vergeblich wollte. Er stellte die Rappen im Waldhorn ein und wollte bis zur Abreise nur die Rückfahrt des Bahnhofsladens abwarten, einstweilen ging er wieder — nach Hause. Es schauderte ihn innerlich, da er dieses Wort ausprach, er hatte ja kein Haus mehr, es sollte nicht mehr sein. Dennoch ging er den Weg davon, aber an der Nahöde hielt er an und konnte sich nicht dazu bringen, hinabzusteigen. Es kam ihm der Gedanke, Medard zu befreien, und wie von einem Baum erlöst, rannte er mehrere Schritte hinunter, aber plötzlich hörte er wieder inne: wenn er nun Medard befreite, muß dieser ihm nicht aus den Tod holen und ins Elend drängen? Diethelm lehnte rasch wieder um. Aber noch einmal und noch einmal fiel er fast die Söhne mit toter Hand über die heiße Stein, denn er dachte: Medard ist schon gestorben, er muss schon gestorben sein. Was willst du dir noch den grauenlosen Angst machen, der dich nie verlassen wird, solange dir ein Angstfeind steht? . . . Der Wind im Rücken half Diethelm nach den Berg hinabzirren, und er kam eben ins Dorf, als der Waldhorn glücklich durchfuhr. Nun war die Sache offen, es galt, keine Zeit mehr zu vertrömmen. Mit exaktstem Rhythmus fuhr Diethelm ins Waldhorn zurück, aber er machte doch von dem Bettler nachgehen, daß man seinem Bruder nichts gesagt. Diethelm trank zwei Gläser von seinem Leibwein und war überaus weichgemacht, als man über alle Hindernisse hinweg endlich davonfuhr. Der alte Schäfer mit seiner dampfenden Peitsche stand am Weg, nickte Diethelm und seinem Trompeter zu und wußte nicht der Hand, zeigend, daß er nach Diethelms Haus zu seinem Medard gehen wolle. Diethelm wollte dies abwehren, aber die Peitschen waren so rasch im Zuge, daß man unversehens weiß vom Schäferle weg war, und als Diethelm den Bettler zwang, anzuhalten, und sich umwendete, war der Schäferle verschwunden. Diethelm ließ ihm nur durch ein Kind am Wege wissen, daß er den Medard überließ geschafft habe; er hatte nicht mehr Zeit, dies beweisen und eingedenkt seiner widerstreitenden Aussage beim Bahnhofsladen zu widerrufen, denn der Bettler fuhr heute im vollen Trab. Diethelms Widergrund ist auch genau ganz bedeutungslos, fügte sich Diethelm und nahm sich vor, fortan nicht genötigt auf alles zu antworten, was er sage. Noch einmal wandte sich Diethelm nach seinem Hause um, es zogte ihm vor den Augen, als könnte das Haus den Berg herab. Er nahm dem Bettler die Peitsche ab und schickte sie auf die Straße ein, denn sie im getrennten Gehäuse versteckt.

Geschafft, fortgegangen.

und durch giftige Gase wenden wir besondere Aufmerksamkeit zu. Die Auswahl der Berufskrankheiten, die Unfälle gleicherweise wäre, ist sehr schwierig. Es handelt sich meist um Erfahrungen der Arzneimittel, die auch im täglichen Leben vorkommen und es ist schwierig, den Zusammenhang mit dem Beruf nachzuweisen. Bislang sind die Arbeiter auch, wenn sie die Folgen der Entwicklung spüren, bereits in einen anderen Betrieb übergegangen. Die weiteren Ausführungen des Redners bleiben auf der Tribüne unverständlich.

Abg. Wissell (Soz.): Herr Dr. Kaspar hat eigentlich alle Anträge aus dem Hause abgelehnt. Seine Bedenken waren teilweise durchschlagend. Die Heraussetzung der versicherungspflichtigen Grenze ist bei der Entwicklung des Gesetzes unabdingbar notwendig. Ebenso muss die Grenze für das Güldösen der Versicherung wesentlich erhöht werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Arbeitsversicherung der Ortslöhne und der landwirtschaftlichen Jahresarbeitsverdienste wird schon seit Jahren gesondert. Zur Besserung der gegenwärtigen unhaltbaren rechtlichen Verhältnisse aus dem Gebiete der Reichsversicherungsordnung bedarf es nicht einer Gesetzesänderung, hier genügt bischlich eine Bundesratsverordnung. Schon bedauerlich ist, dass die Verordnung betreffend die Schädigung infolge Einatmung mitrierten Kohlenwasserstoffe sich nur auf die hinterbliebenen beziehen soll. Es ist unabdingbar notwendig, diesen Schutz auch auf die in ihrer Erwerbsfähigkeit geschädigten selbst auszudehnen und auch die Schädigungen durch andere Gifftstoffe einzubeziehen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Bundesrat hat bereits vor acht Jahren das Recht bestimmt, Gewerbeunfälle Unfälle gleichzustellen, hat aber bisher noch in keinem einzigen Falle davon Gebrauch gemacht. (Hört, hört! b. d. Soz.) Gewiss liegen hier Schwierigkeiten vor, aber eine ganze Reihe Gewerbeunfälle können heute schon ganz klar umgrenzt werden. Man sieht sich sogar soweit von dem gewohnten Rechte Gebrauch zu machen, dass man die Verordnung zum Schutze der bei Verarbeitung von mitrierten Kohlenwasserstoffen geschädigten nicht auf die Reichsversicherungsordnung gässt hat. Die Folge davon ist, dass privatrechtliche Haftansprüche gegen einzelne Unternehmer dadurch nicht ausgeschlossen werden können, und wie haben auch in manchen Fällen mit solchen Unfällen schon Erfolg gehabt. Um übrigens in diese Verordnung einzutreten, muss es spät kommen, denn diese Schädigungen bestehen schon seit Anfang 1915. In einem einzigen Vierteljahr und in einer Zahl hundert Personen bei dieser Beschäftigung zum Teil in schwerster Weise erkrankt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Verbindung zwischen dem Reichswirtschaftsamt und dem Reichsversicherungsamt lässt offenbar viel zu wünschen übrig. Ein Beweis dafür ist auch, dass heute, wo der Staat des Reichsversicherungsamtes zur Verhandlung steht, keiner der Herren vom Reichsversicherungsamt hier anwesent ist. Der bedauerte das am meisten, als ich die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes kritisierte. So hat sich z. B. des Reichsversicherungsamtes auf den Standpunkt gestellt: eine Feststellung an einem im Heere befindlichen Verletzten kann an seine zu Hause gekleidete Cheftruppe erfolgen. Das hat zur Folge, dass, wenn die Cheftruppe in ihrer Unrechtmäßigkeit nicht die nötigen Schritte tut, der im Heer befindliche auf die Dauer seines Fleisches verlustig geht. Hier wäre eine Bestimmung notwendig, analog der des preußischen Finanzministers, wonach keine Steuerzufluss an einen im Felde befindlichen verhindert wird, auch nicht, wenn sie der Cheftruppe ausgehändigt wird. Jeder hat mir Fälle erlebt, in denen die Cheftruppe eines zum Heeresdienst Einbezogenen durch einen Betriebsunfall getötet worden ist und die hinterbliebenen Kinder dieser Cheftruppe dann keine Rente bekommen haben, weil man nach dem Konsulat der Reichsversicherungsordnung diese Rente an die Kinder nur dann gewährt werden kann, wenn es sich um die Cheftruppe eines erwerbsunfähigen Namens handelt. Das Reichsversicherungsamt legt juristisch vollkommen mit Recht, der zum Heeresdienst Eingesetzte ist förmlich nicht erwerbsfähig. Die Vorfürsten über die Erhaltung der Kriegsmarke sind auch aus anderen Gründen reformbedürftig. So ist vom Reichsversicherungsamt der Kaufpreis eines Invaliden zurückgewiesen worden, der 25 Jahre ununterbrochen Marke gefehlt hatte, nur weil er in den letzten zwei Jahren nicht die im Gelehrte geforderten 20, sondern einige Marke weniger gefehlt hatte. Juristisch unanständig ist auch die Einschätzung, aber ich muss sagen: ein Recht, nach dem der Bezug einer Unfallrente von 150 Pf. auch heute noch der Anspruch auf Gewährung einer Invalidenrente aussieht. Die Frage, in welchen Fällen eine Rente zulässig ist, ist noch heute nicht geklärt. Und dann sollen sich die Arbeiter in die Rechtsprechung zurechtfinden! Die Oberkommandos hat dem Reichsversicherungsamt im Januar eine Eingabe überwiesen, in der darauf hingewiesen wird, dass die Geschäfte der Angestellten des Reichsversicherungsamtes in keiner Weise mehr den Verhältnissen entsprechen. Von den dort gewählten Leitungsräumen sind die Hilfsbauten und Hilfsbehörden aus vertraglichen Gründen ausgeschlossen. Eine Antwort auf diese Frage haben wir bis heute noch nicht bekommen. Bei erneuter Führungnahme des Reichsversicherungsamtes mit den Beamten, die im Verhältnis stehen, würde das vieles anders geschehen. Ich hoffe, dass man in Zukunft im Reichswirtschaftsamt mehr vorauseinander arbeiten wird, dass ein sozialer Geist in das Reichswirtschaftsamt eindringen wird. (Lebhafte Beifall b. d. Soz.)

Staatssekretär für d. Stein: Der Vorredner hat darauf hingewiesen, dass im Laufe des Krieges nun härter in der Durchsetzung der sozialen Verhältnisse gezeigt haben. Die Rente ist in der Regierung bekannt. Die Regierung sucht Wege, um die sozialen Formalismen dieser Rente zu mildern. (Abg. Wissell: Sie findet nur feine!) Beim Aufsichtsrat für Privatversicherung bemüht Abg. Rumann-Hofer (SPD): Die Privatversicherungsgesellschaften nehmen den Kriegsbeschädigten gegenüber, die ihnen Rente ausüben, häufig eine recht merkwürdige Gestaltung ein, die diesen die Konkurrenzfähigkeit entzieht. Hier muss ein ähnlicher Gedanke genommen werden.

In der weiteren Beratung bringt Abg. Dr. Pfeiffer (SPD) auf die Einsetzung von Betrieben im freien Dienst zur Reichsversicherung vor. Unterstaatssekretär z. Stein erläutert, dass es die Zuständigkeiten nicht auf die befreiten Gebiete ankommt.

Abg. Bürgelmeier (SPD) beantragt den Zusatz der Wiedergabe im Gebiet des Oberbaus. Die können nicht direkt verhindern, dass die Behörde des Reichs auf einsitzende Staatsbeamte einwirkt.

Staatssekretär z. Stein: Die Verhandlungen der Reichsversicherung mit den Bundesregierungen über den Ausbau des Oberbaus müssen für den Kriegszeitraum, also die Verhandlungen mit der Sowjet über diesen Gegenstand weiter mit freundlicher Einvernehmen fortgesetzt werden.

Abg. Bürgelmeier (SPD): Bitte den Staatssekretär, die Verhandlungen möglichst zu beschleunigen.

Der Staat wird bestrebt. Die Abstimmung über die beantragten Resolutionen wird bei der letzten Sitzung erfolgen.

Es folgen Berichte des Institutes über Renten und Gesetze über Renten.

Beim Bericht über die allgemeine Zusprache betreffende Zustiegung von Betrieben ergibt das Werk

Abg. Bürgelmeier (SPD): Die Verhandlungen in sozialpolitischer Hinsicht waren eine gewisse verdeckte Einigung in den sozialen Kreisen. Mindestens drei Parteien unter Beiseite liegen hierbei, und die Arbeitnehmer dieser Industrie verfügen jedenfalls von Tag zu Tag. Nach dem Krieg wird zumindest eine qualifizierte Arbeitnehmerkraft ohne gezielte Arbeitserfahrung es aber auch keine leistungsfähige Produktion geben. Es besteht also, wenn wir die nächsten Schritte der

Textilindustrie nicht ebenso am Gewinn der Industrie beteiligt, wie es in der Baumwollindustrie geschieht. Dadurch werden auch die arbeitslosen Arbeiter über Wasser gehalten, und die qualifizierten Arbeiter werden nicht zur Abwandlung gezwungen. In der Textilindustrie fehlt alle diese Maßnahmen, sie muss daher so zusammenbrechen, dass sie auch nach dem Kriege sich nicht wieder aufzurichten können. Es wäre dringend nötig, dass das Reichswirtschaftsamt mit dafür sorgt, auch für die Textilindustrie eine Entschädigungsstelle zu schaffen, damit die stillgelegten Betriebe nicht restlos zugrunde gehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Neue Brüderlichkeit ist in die Kreise der Textilindustrie getragen durch die neuesten Vorgänge bei der Cellulose-Gesellschaft. Cellulose ist ein neues aufwirksreiches Garn, und alle Betriebe, die dieses Garn verarbeiten, sollen zu einem Syndikat zusammen geschlossen werden. Vorsitzender der Cellulose-Gesellschaft, die keine Erwerbsgesellschaft ist, ist Dr. Weber, Referent im Reichswirtschaftsamt mit dafür sorgt, auch für die Textilindustrie eine Entschädigungsstelle zu schaffen, damit die stillgelegten Betriebe nicht restlos zugrunde gehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Neue Brüderlichkeit ist in die Kreise der Textilindustrie getragen durch die neuesten Vorgänge bei der Cellulose-Gesellschaft. Cellulose ist ein neues aufwirksreiches Garn, und alle Betriebe, die dieses Garn verarbeiten, sollen zu einem Syndikat zusammen geschlossen werden. Vorsitzender der Cellulose-Gesellschaft, die keine Erwerbsgesellschaft ist, ist Dr. Weber, Referent im Reichswirtschaftsamt mit dafür sorgt, auch für die Textilindustrie eine Entschädigungsstelle zu schaffen, damit die stillgelegten Betriebe nicht restlos zugrunde gehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Neue Brüderlichkeit ist in die Kreise der Textilindustrie getragen durch die neuesten Vorgänge bei der Cellulose-Gesellschaft. Cellulose ist ein neues aufwirksreiches Garn, und alle Betriebe, die dieses Garn verarbeiten, sollen zu einem Syndikat zusammen geschlossen werden. Vorsitzender der Cellulose-Gesellschaft, die keine Erwerbsgesellschaft ist, ist Dr. Weber, Referent im Reichswirtschaftsamt mit dafür sorgt, auch für die Textilindustrie eine Entschädigungsstelle zu schaffen, damit die stillgelegten Betriebe nicht restlos zugrunde gehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Neue Brüderlichkeit ist in die Kreise der Textilindustrie getragen durch die neuesten Vorgänge bei der Cellulose-Gesellschaft. Cellulose ist ein neues aufwirksreiches Garn, und alle Betriebe, die dieses Garn verarbeiten, sollen zu einem Syndikat zusammen geschlossen werden. Vorsitzender der Cellulose-Gesellschaft, die keine Erwerbsgesellschaft ist, ist Dr. Weber, Referent im Reichswirtschaftsamt mit dafür sorgt, auch für die Textilindustrie eine Entschädigungsstelle zu schaffen, damit die stillgelegten Betriebe nicht restlos zugrunde gehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Neue Brüderlichkeit ist in die Kreise der Textilindustrie getragen durch die neuesten Vorgänge bei der Cellulose-Gesellschaft. Cellulose ist ein neues aufwirksreiches Garn, und alle Betriebe, die dieses Garn verarbeiten, sollen zu einem Syndikat zusammen geschlossen werden. Vorsitzender der Cellulose-Gesellschaft, die keine Erwerbsgesellschaft ist, ist Dr. Weber, Referent im Reichswirtschaftsamt mit dafür sorgt, auch für die Textilindustrie eine Entschädigungsstelle zu schaffen, damit die stillgelegten Betriebe nicht restlos zugrunde gehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Neue Brüderlichkeit ist in die Kreise der Textilindustrie getragen durch die neuesten Vorgänge bei der Cellulose-Gesellschaft. Cellulose ist ein neues aufwirksreiches Garn, und alle Betriebe, die dieses Garn verarbeiten, sollen zu einem Syndikat zusammen geschlossen werden. Vorsitzender der Cellulose-Gesellschaft, die keine Erwerbsgesellschaft ist, ist Dr. Weber, Referent im Reichswirtschaftsamt mit dafür sorgt, auch für die Textilindustrie eine Entschädigungsstelle zu schaffen, damit die stillgelegten Betriebe nicht restlos zugrunde gehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Neue Brüderlichkeit ist in die Kreise der Textilindustrie getragen durch die neuesten Vorgänge bei der Cellulose-Gesellschaft. Cellulose ist ein neues aufwirksreiches Garn, und alle Betriebe, die dieses Garn verarbeiten, sollen zu einem Syndikat zusammen geschlossen werden. Vorsitzender der Cellulose-Gesellschaft, die keine Erwerbsgesellschaft ist, ist Dr. Weber, Referent im Reichswirtschaftsamt mit dafür sorgt, auch für die Textilindustrie eine Entschädigungsstelle zu schaffen, damit die stillgelegten Betriebe nicht restlos zugrunde gehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Neue Brüderlichkeit ist in die Kreise der Textilindustrie getragen durch die neuesten Vorgänge bei der Cellulose-Gesellschaft. Cellulose ist ein neues aufwirksreiches Garn, und alle Betriebe, die dieses Garn verarbeiten, sollen zu einem Syndikat zusammen geschlossen werden. Vorsitzender der Cellulose-Gesellschaft, die keine Erwerbsgesellschaft ist, ist Dr. Weber, Referent im Reichswirtschaftsamt mit dafür sorgt, auch für die Textilindustrie eine Entschädigungsstelle zu schaffen, damit die stillgelegten Betriebe nicht restlos zugrunde gehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Neue Brüderlichkeit ist in die Kreise der Textilindustrie getragen durch die neuesten Vorgänge bei der Cellulose-Gesellschaft. Cellulose ist ein neues aufwirksreiches Garn, und alle Betriebe, die dieses Garn verarbeiten, sollen zu einem Syndikat zusammen geschlossen werden. Vorsitzender der Cellulose-Gesellschaft, die keine Erwerbsgesellschaft ist, ist Dr. Weber, Referent im Reichswirtschaftsamt mit dafür sorgt, auch für die Textilindustrie eine Entschädigungsstelle zu schaffen, damit die stillgelegten Betriebe nicht restlos zugrunde gehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Neue Brüderlichkeit ist in die Kreise der Textilindustrie getragen durch die neuesten Vorgänge bei der Cellulose-Gesellschaft. Cellulose ist ein neues aufwirksreiches Garn, und alle Betriebe, die dieses Garn verarbeiten, sollen zu einem Syndikat zusammen geschlossen werden. Vorsitzender der Cellulose-Gesellschaft, die keine Erwerbsgesellschaft ist, ist Dr. Weber, Referent im Reichswirtschaftsamt mit dafür sorgt, auch für die Textilindustrie eine Entschädigungsstelle zu schaffen, damit die stillgelegten Betriebe nicht restlos zugrunde gehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Neue Brüderlichkeit ist in die Kreise der Textilindustrie getragen durch die neuesten Vorgänge bei der Cellulose-Gesellschaft. Cellulose ist ein neues aufwirksreiches Garn, und alle Betriebe, die dieses Garn verarbeiten, sollen zu einem Syndikat zusammen geschlossen werden. Vorsitzender der Cellulose-Gesellschaft, die keine Erwerbsgesellschaft ist, ist Dr. Weber, Referent im Reichswirtschaftsamt mit dafür sorgt, auch für die Textilindustrie eine Entschädigungsstelle zu schaffen, damit die stillgelegten Betriebe nicht restlos zugrunde gehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Neue Brüderlichkeit ist in die Kreise der Textilindustrie getragen durch die neuesten Vorgänge bei der Cellulose-Gesellschaft. Cellulose ist ein neues aufwirksreiches Garn, und alle Betriebe, die dieses Garn verarbeiten, sollen zu einem Syndikat zusammen geschlossen werden. Vorsitzender der Cellulose-Gesellschaft, die keine Erwerbsgesellschaft ist, ist Dr. Weber, Referent im Reichswirtschaftsamt mit dafür sorgt, auch für die Textilindustrie eine Entschädigungsstelle zu schaffen, damit die stillgelegten Betriebe nicht restlos zugrunde gehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Neue Brüderlichkeit ist in die Kreise der Textilindustrie getragen durch die neuesten Vorgänge bei der Cellulose-Gesellschaft. Cellulose ist ein neues aufwirksreiches Garn, und alle Betriebe, die dieses Garn verarbeiten, sollen zu einem Syndikat zusammen geschlossen werden. Vorsitzender der Cellulose-Gesellschaft, die keine Erwerbsgesellschaft ist, ist Dr. Weber, Referent im Reichswirtschaftsamt mit dafür sorgt, auch für die Textilindustrie eine Entschädigungsstelle zu schaffen, damit die stillgelegten Betriebe nicht restlos zugrunde gehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Neue Brüderlichkeit ist in die Kreise der Textilindustrie getragen durch die neuesten Vorgänge bei der Cellulose-Gesellschaft. Cellulose ist ein neues aufwirksreiches Garn, und alle Betriebe, die dieses Garn verarbeiten, sollen zu einem Syndikat zusammen geschlossen werden. Vorsitzender der Cellulose-Gesellschaft, die keine Erwerbsgesellschaft ist, ist Dr. Weber, Referent im Reichswirtschaftsamt mit dafür sorgt, auch für die Textilindustrie eine Entschädigungsstelle zu schaffen, damit die stillgelegten Betriebe nicht restlos zugrunde gehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Neue Brüderlichkeit ist in die Kreise der Textilindustrie getragen durch die neuesten Vorgänge bei der Cellulose-Gesellschaft. Cellulose ist ein neues aufwirksreiches Garn, und alle Betriebe, die dieses Garn verarbeiten, sollen zu einem Syndikat zusammen geschlossen werden. Vorsitzender der Cellulose-Gesellschaft, die keine Erwerbsgesellschaft ist, ist Dr. Weber, Referent im Reichswirtschaftsamt mit dafür sorgt, auch für die Textilindustrie eine Entschädigungsstelle zu schaffen, damit die stillgelegten Betriebe nicht restlos zugrunde gehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Neue Brüderlichkeit ist in die Kreise der Textilindustrie getragen durch die neuesten Vorgänge bei der Cellulose-Gesellschaft. Cellulose ist ein neues aufwirksreiches Garn, und alle Betriebe, die dieses Garn verarbeiten, sollen zu einem Syndikat zusammen geschlossen werden. Vorsitzender der Cellulose-Gesellschaft, die keine Erwerbsgesellschaft ist, ist Dr. Weber, Referent im Reichswirtschaftsamt mit dafür sorgt, auch für die Textilindustrie eine Entschädigungsstelle zu schaffen, damit die stillgelegten Betriebe nicht restlos zugrunde gehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Neue Brüderlichkeit ist in die Kreise der Textilindustrie getragen durch die neuesten Vorgänge bei der Cellulose-Gesellschaft. Cellulose ist ein neues aufwirksreiches Garn, und alle Betriebe, die dieses Garn verarbeiten, sollen zu einem Syndikat zusammen geschlossen werden. Vorsitzender der Cellulose-Gesellschaft, die keine Erwerbsgesellschaft ist, ist Dr. Weber, Referent im Reichswirtschaftsamt mit dafür sorgt, auch für die Textilindustrie eine Entschädigungsstelle zu schaffen, damit die stillgelegten Betriebe nicht restlos zugrunde gehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Neue Brüderlichkeit ist in die Kreise der Textilindustrie getragen durch die neuesten Vorgänge bei der Cellulose-Gesellschaft. Cellulose ist ein neues aufwirksreiches Garn, und alle Betriebe, die dieses Garn verarbeiten, sollen zu einem Syndikat zusammen geschlossen werden. Vorsitzender der Cellulose-Gesellschaft, die keine Erwerbsgesellschaft ist, ist Dr. Weber, Referent im Reichswirtschaftsamt mit dafür sorgt, auch für die Textilindustrie eine Entschädigungsstelle zu schaffen, damit die stillgelegten Betriebe nicht restlos zugrunde gehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Neue Brüderlichkeit ist in die Kreise der Textilindustrie getragen durch die neuesten Vorgänge bei der Cellulose-Gesellschaft. Cellulose ist ein neues aufwirksreiches Garn, und alle Betriebe, die dieses Garn verarbeiten, sollen zu einem Syndikat zusammen geschlossen werden. Vorsitzender der Cellulose-Gesellschaft, die keine Erwerbsgesellschaft ist, ist Dr. Weber, Referent im Reichswirtschaftsamt mit dafür sorgt, auch für die Textilindustrie eine Entschädigungsstelle zu schaffen, damit die stillgelegten Betriebe nicht restlos zugrunde gehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Neue Brüderlichkeit ist in die Kreise der Textilindustrie getragen durch die neuesten Vorgänge bei der Cellulose-Gesellschaft. Cellulose ist ein neues aufwirksreiches Garn, und alle Betriebe, die dieses Garn verarbeiten, sollen zu einem Syndikat zusammen geschlossen werden. Vorsitzender der Cellulose-Gesellschaft, die keine Erwerbsgesellschaft ist, ist Dr. Weber, Referent im Reichswirtschaftsamt mit dafür sorgt, auch für die Textilindustrie eine Entschädigungsstelle zu schaffen, damit die stillgelegten Betriebe nicht restlos zugrunde gehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Neue Brüderlichkeit ist in die Kreise der Textilindustrie getragen durch die neuesten Vorgänge bei der Cellulose-Gesellschaft. Cellulose ist ein neues aufwirksreiches Garn, und alle Betriebe, die dieses Garn verarbeiten, sollen zu einem Syndikat zusammen geschlossen werden. Vorsitzender der Cellulose-Gesellschaft, die keine Erwerbsgesellschaft ist, ist Dr. Weber, Referent im Reichswirtschaftsamt mit dafür sorgt, auch für die Textilindustrie eine Entschädigungsstelle zu schaffen, damit die stillgelegten Betriebe nicht restlos zugrunde gehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Neue Brüderlichkeit ist in die Kreise der Textilindustrie getragen durch die neuesten Vorgänge bei der Cellulose-Gesellschaft. Cellulose ist ein neues aufwirksreiches Garn, und alle Betriebe, die dieses Garn verarbeiten, sollen zu einem Syndikat zusammen geschlossen werden. Vorsitzender der Cellulose-Gesellschaft, die keine Erwerbsgesellschaft ist, ist Dr. Weber, Referent im Reichswirtschaftsamt mit dafür sorgt, auch für die Textilindustrie eine Entschädigungsstelle zu schaffen, damit die stillgelegten Betriebe nicht restlos zugrunde gehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Neue Brüderlichkeit ist in die Kreise der Textilindustrie getragen durch die neuesten Vorgänge bei der Cellulose-Gesellschaft. Cellulose ist ein neues aufwirksreiches Garn, und alle Betriebe, die dieses Garn verarbeiten, sollen zu einem Syndikat zusammen geschlossen werden. Vorsitzender der Cellulose-Gesellschaft, die keine Erwerbsgesellschaft ist, ist Dr. Weber, Referent im Reichswirtschaftsamt mit dafür sorgt, auch für die Textilindustrie eine Entschädigungsstelle zu schaffen, damit die stillgelegten Betriebe nicht restlos zugrunde gehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Neue Brüderlichkeit ist in die Kreise der Textilindustrie getragen durch die neuesten Vorgänge bei der Cellulose-Gesellschaft. Cellulose ist ein neues aufwirksreiches Garn, und alle Betriebe, die dieses Garn verarbeiten, sollen zu einem Syndikat zusammen geschlossen werden. Vorsitzender der Cellulose-Gesellschaft, die keine Erwerbsgesellschaft ist, ist Dr. Weber, Referent im Reichswirtschaftsamt mit dafür sorgt, auch für die Textilindustrie eine Entschädigungsstelle zu schaffen, damit die stillgelegten Betriebe nicht restlos zugrunde gehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Neue Brüderlichkeit ist in die Kreise der Textilindustrie getragen durch die neuesten Vorgänge bei der Cellulose-Gesellschaft. Cellulose ist ein neues aufwirksreiches Garn, und alle Betriebe, die dieses Garn verarbeiten, sollen zu einem Syndikat zusammen geschlossen werden. Vorsitzender der Cellulose-Gesellschaft, die keine Erwerbsgesellschaft ist, ist Dr. Weber, Referent im Reichswirtschaftsamt mit dafür sorgt, auch für die Textilindustrie eine Entschädigungsstelle zu schaffen, damit die stillgelegten Betriebe nicht restlos zugrunde gehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Neue Brüderlichkeit ist in die Kreise der Textilindustrie getragen durch die neuesten Vorgänge bei der Cellulose-Gesellschaft. Cellulose ist ein neues aufwirksreiches Garn, und alle Betriebe, die dieses Garn verarbeiten, sollen zu einem Syndikat zusammen geschlossen werden. Vorsitzender der Cellulose-Gesellschaft, die keine Erwerbsgesellschaft ist, ist Dr. Weber, Referent im Reichswirtschaftsamt mit dafür sorgt, auch für die Textilindustrie eine Entschädigungsstelle zu schaffen, damit die stillgelegten Betriebe nicht restlos zugrunde gehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Neue Brüderlichkeit ist in die Kreise der Textilindustrie getragen durch die neuesten Vorgänge bei der Cellulose-Gesellschaft. Cellulose ist ein neues aufwirksreiches Garn, und alle Betriebe, die dieses Garn verarbeiten, sollen zu einem Syndikat zusammen geschlossen werden. Vorsitzender der Cellulose-Gesellschaft, die keine Erwerbsgesellschaft ist, ist Dr. Weber, Referent im Reichswirtschaftsamt mit dafür sorgt, auch für die Textilindustrie eine Entschädigungsstelle zu schaffen, damit die stillgelegten Betriebe nicht restlos zugrunde gehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Neue Brüderlichkeit ist in die Kreise der Textilindustrie getragen durch die neuesten Vorgänge bei der Cellulose-Gesellschaft. Cellulose ist ein neues aufwirksreiches Garn, und alle Betriebe, die dieses Garn verarbeiten, sollen zu einem Syndikat zusammen geschlossen werden. Vorsitzender der Cellulose-Gesellschaft, die keine Erwerbsgesellschaft ist, ist Dr. Weber, Referent im Reichswirtschaftsamt mit dafür sorgt, auch für die Textilindustrie eine Entschädigungsstelle zu schaffen, damit die stillgelegten Betriebe nicht restlos zugrunde gehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Neue Brüderlichkeit ist in die Kreise der Textilindustrie getragen durch die neuesten Vorgänge bei der Cellulose-Gesellschaft. Cellulose ist ein neues aufwirksreiches Garn, und alle Betriebe, die dieses Garn verarbeiten, sollen zu einem Syndikat zusammen geschlossen werden. Vorsitzender der Cellulose-Gesellschaft, die keine Erwerbsgesellschaft ist, ist Dr. Weber, Referent im Reichswirtschaftsamt mit dafür sorgt, auch für die Textilindustrie eine Entschädigungsstelle zu schaffen, damit die stillgelegten Betriebe nicht restlos zugrunde gehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Neue Brüderlichkeit ist in die Kreise der Textilindustrie getragen durch die neuesten Vorgänge bei der Cellulose-Gesellschaft. Cellulose ist ein neues aufwirksreiches Garn, und alle Betriebe, die dieses Garn verarbeiten, sollen zu einem Syndikat zusammen geschlossen werden. Vorsitzender der Cellulose-Gesellschaft, die keine Erwerbsgesellschaft ist, ist Dr. Weber, Referent im Reichswirtschaftsamt mit dafür sorgt, auch für die Textilindustrie eine Entschädigungsstelle zu schaffen, damit die stillgelegten Betriebe nicht restlos zugrunde gehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Neue Brüderlichkeit ist in die Kreise der Textilindustrie getragen durch die neuesten Vorgänge bei der Cellulose-Gesellschaft. Cellulose ist ein neues aufwirksreiches Garn, und alle Betriebe, die dieses Garn verarbeiten, sollen zu einem Syndikat zusammen geschlossen werden. Vorsitzender der Cellulose-Gesellschaft, die keine Erwerbsgesellschaft ist, ist Dr. Weber, Referent im Reichswirtschaftsamt mit dafür sorgt, auch für die Textilindustrie eine Entschädigungsstelle zu schaffen, damit die stillgelegten Betriebe nicht restlos zugrunde gehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Neue Brüderlichkeit ist in die Kreise der Textilindustrie getragen durch die neuesten Vorgänge bei der Cellulose-Gesellschaft. Cellulose ist ein neues aufwirksreiches Garn, und alle Betriebe, die dieses Garn verarbeiten, sollen zu einem Syndikat zusammen geschlossen werden. Vorsitzender der Cellulose-Gesellschaft, die keine Erwerbsgesellschaft ist, ist Dr. Weber, Referent im Reichswirtschaftsamt mit dafür sorgt, auch für die Textilindustrie eine Entschädigungsstelle zu schaffen, damit die stillgelegten Betriebe nicht restlos zugrunde gehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Neue Brüderlichkeit ist in die Kreise der Textilindustrie getragen durch die neuesten Vorgänge bei der Cell